

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 M. — Durch die Post bezogen 2.— M., ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Verlagskonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 72208. — **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — **Telefon** 72208

**Inseratenpreise:** Die Wogelpost, Kolonelleile 35 Pf., bei Versandchrift 40 Pf. Stellenangebote 10 gelp. Kolonelleile 25 Pf. Familiennachrichten von Privaten die 10 gelp. Kolonelleile mit 50 Pf. Nachsch. Reklamezeile 2 M., Inserate v. ausm., die 10 gelp. Kolonelleile 40 Pf. bei Versandchrift, 50 Pf., Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Abonnementsstellen und alle Verkaufsstellen entgegen

## Die Aufgaben der Partei

Richtlinien der sächsischen Landesinstanzen

„Die Landesinstanzen der Sozialdemokratischen Partei Sachsens haben sich in einer gemeinsamen Sitzung mit den Landtagsabgeordneten und den sächsischen Reichstagsabgeordneten am 17. September mit der politischen Lage in Sachsen nach den Vorgängen im Reich beschäftigt.“

Die Möglichkeit, Flottenrüstungen durch Volksentscheid zu verhindern, ist schon durch das Verhalten der Kommunisten zerstört worden, die einen solchen Volksentscheid nur zum Kampf gegen die Sozialdemokratie benutzten.

Die kommunistische Partei hat sich bei dieser Aktion wieder in ihrer ganzen Klugheit enthielt. Sie verkündet laut, daß sie keinen Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau, sondern gegen die deutsche Sozialdemokratie führt und fordert in gleichem Atemzug die sozialdemokratischen Arbeiter auf, mit ihr zusammen Einheitskomitees zu bilden gegen die eigene Partei. Dieser Vorstoß der KPD ist in Sachsen bereits zusammengebrochen. Mit diesem Abscheu wenden sich die Arbeiter von dieser kommunistischen Politik ab, die sich nicht den Erfolg einer gemeinsamen Sache, sondern den Bruderkampf und die Zerschlagung der großen Sozialdemokratischen Partei zum Ziel setzt.

Die sächsischen Landesinstanzen sind der Meinung, daß die auf dem Magdeburger Parteitag vorgesehene grundsätzliche Debatte zum Wehrproblem geführt werden muß unter Zugrundelegung der Brüsseler Abrüstungsresolution, in der ausdrücklich festgelegt wird, daß „in der kapitalistischen Epoche jeder Krieg stets den Charakter

des herrschenden Imperialismus trägt“. Neben der Debatte über das Wehrproblem muß der Parteitag eine Entscheidung über den Fall des Panzerkreuzers herbeiführen.

Die schwere Schädigung der Partei durch die Panzerkreuzer-affäre ist die notwendige Folge einer von Grund auf falschen Koalitionspolitik, die in einigen Ministerien schon politische Macht sieht und keinerlei Rücksicht nimmt auf das Vertrauen der breiten Massen. Deshalb ist jetzt gegen diese Koalitionspolitik der Kampf zu führen mit dem Ziel, der Partei in einer starken Oppositionsstellung wieder ihre Handlungsfreiheit zurückzugeben.

In Übereinstimmung mit dem Beschluß des Parteiausschusses, der die einmütige Ablehnung des Panzerkreuzerbau durch die Partei feststellte, erwarten die Landesinstanzen, daß alle zur Verfügung stehenden Mittel gegen den Weiterbau des Kreuzers, insbesondere auch das dem Finanzminister zustehende Vetorecht gegen die zweite Rate, angewandt werde.

Pflicht der Mitglieder und Funktionäre ist, jetzt in dieser entscheidenden Stunde fester zusammenzutreten denn je. Die Landesinstanzen rufen alle Bezirke auf, jetzt und gerade jetzt in die seit langem vorbereitete Wehraktion für die Partei mit aller Kraft einzutreten. Wer die Partei erobern will, muß ihre Organisationen ausbauen.

**Uns Werk, Genossen! Noch immer gilt das Wort:  
„Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!“**

## Das Vetorecht des Finanzministers

Der Parteiausschuss hat in seiner letzten Sitzung festgestellt, daß der Panzerkreuzerbau durch die Partei einmütige Ablehnung erfahren habe. In besonderen Deklarationen zu diesem Beschluß wurde dargelegt, daß in der Sozialdemokratischen Partei weder unter den Mitgliedern, noch den Reichstagsabgeordneten, noch selbst den Ministern auch nur ein Mann zu finden sei, der für die zweite Rate zum Bau des neuen Panzerkreuzers eintreten werde. Demzufolge haben die Sozialdemokratische Partei und ihre Minister die Verpflichtung übernommen, alle Mittel anzuwenden, um zum mindesten die Bewilligung der zweiten Rate für den Panzerkreuzer zu verhindern. Die Landesinstanzen der Sozialdemokratischen Partei Sachsens handelten daher durchaus im Sinne der Zentralinstanzen, indem sie forderten:

„In Übereinstimmung mit dem Beschluß des Parteiausschusses, der die einmütige Ablehnung des Panzerkreuzerbau durch die Partei feststellte, erwarten die Landesinstanzen, daß alle zur Verfügung stehenden Mittel gegen den Weiterbau des Kreuzers, insbesondere auch das dem Finanzminister zustehende Vetorecht gegen die zweite Rate, angewandt werde.“

Was ist es mit dem Vetorecht, das dem Reichsfinanzminister, also zur Zeit dem Genossen Hilferding, durch die Reichshaushaltsordnung — nicht wie bisher bemerkt worden war, durch die Geschäftsordnung des Reichskabinetts — in die Hand gegeben ist?

Nach den Bestimmungen der Reichshaushaltsordnung hat das Kabinett den Reichsetat aufzustellen. Dies geschieht dergestalt, daß die Reichsministerien, der Rechnungshof, der Präsident des Reichstages und der Reichspräsident dem Reichsfinanzminister für ihren Geschäftsbereich die entsprechenden Forderungen unterbreiten. Der Reichsfinanzminister hat zunächst das Recht, im Einvernehmen mit den einzelnen Ressorts von sich aus Streichungen vorzunehmen.

Über Fragen von grundsätzlicher oder sonst erheblicher Bedeutung kann von den beteiligten Reichsministern schon vor der Fertigstellung des Haushaltsplans jederzeit die Entscheidung der Reichsregierung eingeholt werden.

So wird im Paragraph 20 der Reichshaushaltsordnung festgelegt. Die Reichshaushaltsordnung ist durch den Reichstag, und zwar durch ein besonderes Gesetz, beschlossen worden. Die Regelung der Bestimmungen „über Fragen von grundsätzlicher oder sonst erheblicher Bedeutung“ wird im Paragraph 21 der Reichshaushaltsordnung festgelegt. Der wichtigste Absatz dieses Paragraphen lautet, wie schon Genosse Herz vor einigen Wochen zeigte, wie folgt:

„Beschlüsse der Reichsregierung gegen die Stimme des Reichsministers der Finanzen, eine Ausgabe oder einen Vermerk in den Entwurf des Haushaltsplans einzustellen, so steht dem Reichsminister der Finanzen ein Widerspruchsrecht zu. Die Ausgabe oder der Vermerk darf ebenso in den Haushaltsplan nur aufgenommen werden, wenn dies in erneuter Abstimmung von der Mehrheit sämtlicher Reichsminister beschlossen wird und der Reichskanzler mit der Mehrheit gestimmt hat.“

Danach wird also über die Fragen von „grundsätzlicher oder sonst erheblicher Bedeutung“ eine Beschlussfassung des gesamten Kabinetts herbeigeführt. Dabei wird den Stimmen des Reichsfinanzministers und des Reichskanzlers eine ganz besondere Bedeutung zugemessen. Dem Reichsfinanzminister steht die Befugnis zu, gegen die Entscheidung des Gesamtkabinetts in einer Frage von „erheblicher Bedeutung“ — und das ist die Einstellung der zweiten Rate für den Bau des Panzerkreuzers in den Etat — Widerspruch zu erheben. Danach hat eine weitere Abstimmung stattzufinden, in der dann der Reichskanzler eine beherrschende Rolle spielt. Selbst wenn sich die Mehrheit der Minister gegen den Widerspruch des Finanzministers erklärt, dann ist er abgelehnt, wenn der Reichskanzler mit dem Reichsfinanzminister stimmt.

Daraus ergibt sich zweierlei. Erstens daß dem Reichsfinanzminister zum mindesten bei dem Zustandekommen des Etats eine besonders hervorgehobene Stellung eingeräumt worden ist, und zweitens, daß damit dem sozialdemokratischen Finanzminister in Hinsicht auf die Beschlüsse des Parteiausschusses und der dazu gegebenen Deklarationen die Möglichkeit gegeben ist, die Einstellung der zweiten Rate in den Reichsetat zu verhindern. Daraus folgt weiterhin, daß, wenn schon an dieser Koalitionspolitik festgehalten werden soll, dem Reichsfinanzministerium eine besondere Bedeutung zuzumessen ist. Das ergibt sich auch aus dem Kommentar, das in der Stillesehen Rechtsbibliothek\* herausgegeben worden ist. Dort wird unter Absatz 5 zum Paragraphen 21 ausdrücklich festgestellt: Eine Sonderstellung des Reichsfinanzministers sei zwar in der Reichsverfassung nicht vorgesehen. Eine solche würde mit dem Grundgedanken der Reichsverfassung schwer vereinbar sein. Dennoch sei es schon in der Fassung des Regierungsentwurfes, der seinerzeit dem Reichstag vorgelegen hat, von erheblicher Bedeutung gewesen, daß der Widerspruch des Finanzministers erst fallen solle, „wenn die Mehrheit sämtlicher vorhandenen, nicht etwa nur der anwesenden

\* R. Schulze und Dr. jur. E. Wagner: Reichshaushaltsordnung vom 31. Dezember 1922. Verlag von Georg Stilke in Berlin.

## Tagung der Bezirksvorstände

Am Montagvormittag tagte im Dresdner Volkshaus eine gemeinsame Sitzung der Landesinstanzen der Sozialdemokratischen Partei Sachsens, der sächsischen Landtagsabgeordneten, der sächsischen Reichstagsabgeordneten, sowie der Vertreter der sächsischen Parteipresse, um sich mit der politischen Lage in Sachsen zu beschäftigen, wie sie sich auf Grund der Vorgänge im Reich ergeben hat. Genosse Lipinski hielt ein kurzes Referat zu diesem Thema. Er behandelte noch einmal die wichtigsten Ergebnisse der letzten Parteiausschusssitzung und schilderte den Anwesenden die Stellungnahme der verschiedenen Richtungen. Weiter besprach er die politische Situation, die sich in wenigen Wochen bei der Notwendigkeit der Regierungsumbildung ergeben wird und behandelte in diesem Zusammenhang besonders auch die Frage einer Umgestaltung der preussischen Regierung. Dann verwies Genosse Lipinski auf den Anfang nächsten Jahres stattfindenden Parteitag, der sich hauptsächlich mit dem Wehrproblem beschäftigen soll, er betonte, daß wir uns schon heute mit den Aufgaben dieses Parteitages beschäftigen müßten. In bezug auf die Frage des kommunistischen Volksentscheids habe im Parteiausschuss volle Einmütigkeit geherrscht, daß eine Unterfütterung nicht in Frage käme, da diese Aktion der Kommunisten ausschließlich gegen die Sozialdemokratische Partei gerichtet sei. Zum Schluß streifte Genosse Lipinski die Frage eines sächsischen Landesparteitages und die künftige Werbetätigkeit der Partei.

Nach diesem einleitenden Referat fand eine sehr eingehende, etwa vierstündige Aussprache statt, in der die schwebenden Fragen der Reichspolitik, ihre Rückwirkung auf die sächsische Politik, die Aufgaben des künftigen Parteitages und eine Reihe anderer aktueller Fragen eingehend behandelt wurden. In bezug auf den Panzerkreuzer wurde von verschiedenen Rednern stark unterstrichen, daß es sich hier nicht in erster Linie um eine militärische, sondern um eine Frage der Politik und des politischen Anstandes handele. Außerdem wurde über die Taktik der sächsischen Reichstagsabgeordneten in Vergangenheit und Zukunft gesprochen. Das Ergebnis der Diskussion entsprach dem Zwecke, der mit der Einberufung dieser Sitzung verbunden war, nämlich eine einheitliche politische Linie der sächsischen Parteiführung herzustellen. Einstimmig wurde daher die Entschließung angenommen, die wir vorstehend wiedergeben.

Über diese Entschließung hinaus wurde weiterhin beschlossen, daß in Zukunft bei allen wichtigen politischen Fragen nach Möglichkeit der Landesarbeitsausschuss oder die Landesinstanzen zusammenzutreten sollen, um ein möglichst einheitliches Handeln der sächsischen Parteiorganisationen zu erreichen. Schließlich wurde der Beschluß gefaßt, in absehbarer Zeit, wahrscheinlich gegen Ende dieses Jahres, einen Landesparteitag abzuhalten. Auf die Tagesordnung soll neben den Fragen der Landespolitik und der Beratung der kommunalpolitischen Richtlinien ein Referat über die Rückwirkungen der Reichspolitik auf Sachsen gesetzt werden.

Mit diesen Beschlüssen hatte die etwa sechsstündige, gut verlaufene Sitzung ihr Ende erreicht.

## Das Volksbegehren zugelassen

WB Berlin, 17. September.

Der Reichsminister des Innern hat durch Verordnung vom 17. September auf den von mehr als fünftausend Stimmberechtigten gestellten Antrag, ein Volksbegehren mit dem Kennwort „Panzerkreuzerverbot“ für folgenden Gesetzentwurf zugelassen.

Entwurf eines Gesetzes

über das Verbot des Baues von Panzerschiffen und Kreuzern. Der Reichstag hat auf Volksbegehren das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Einziger Artikel.

Der Bau von Panzerschiffen und Kreuzern jeder Art ist verboten.

Nach der Verordnung beginnt die Eintragungsrfrist am 3. Oktober und endet am 16. Oktober 1928.

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Innern hat mit Rundschreiben vom 17. September die Landesregierungen gebeten, hinsichtlich des Volksbegehrens die erforderlichen weiteren Anordnungen zu treffen und alle Vorbereitungen für die Durchführung des Eintragungsverfahrens sofort in die Wege leiten zu lassen.

In dem Rundschreiben werden die für die Durchführung des Eintragungsverfahrens vom 3. bis 16. Oktober in Betracht kommenden Vorschriften aufgeführt und Richtlinien für einen zweckmäßigen und reibungslosen Vollzug gegeben. In dem Rundschreiben heißt es: „Die Reichsregierung legt großes Gewicht auf äußerlich glatten und reibungslosen Verlauf des Volksbegehrens. Niemand darf Anlaß zu berechtigter Klage haben, daß ihm die Ausübung des verfassungsmäßigen Eintragungsrechts durch mangelhafte Maßnahmen unmöglich gemacht und unbillig erschwert worden sei. Ich bitte, alle Gemeindebehörden und Aufsichtsbehörden anzuweisen, in allen Fragen nach diesen Richtlinien zu handeln und bei Zwischverhandlungen oder Versuchen einer Verhinderung des Volksbegehrens rasch und scharf einzuschreiten. Dies gilt besonders auch für die Festlegung der Eintragungsstunden und die Zahl der Räumlichkeiten.“

## Einbruch in eine deutsche Botschaft

SPD Warschau, 17. September.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde in der hiesigen Deutschen Gesandtschaft ein Einbruch verübt. Der Einbrecher wurde, als er bereits den ersten Stock erreicht hatte, entdeckt und mußte fliehen. Er konnte in der Dunkelheit unerkannt entkommen. Die von der Polizei eingeleiteten Untersuchungen waren bisher erfolglos. Es liegen noch keine Anhaltspunkte dafür vor, ob es sich um einen politischen Einbruch oder um einen solchen aus persönlichen Motiven handelte.

Überholung des russischen Handelsattaches in Warschau. Der Handelsattache bei der Warschauer Sowjetgesandtschaft, Lisarew, auf den vor einigen Monaten von einem russischen Emigranten ein Attentat verübt worden war, ist jetzt von der Sowjetregierung abberufen worden.

# Kriegszustand um Wien?

Von Dr. Julius Deutsch, Wien.

Reichsminister, für die Aufnahme der Ausgabe oder des beanstandeten Vermerks" stimmen würde. Die Kommentatoren der Reichshaushaltsordnung sagen dann:

„Dieses Widerspruchsrecht ist durch den Reichstag in seiner Wirkung noch bedeutend verstärkt worden, indem bestimmt wurde, daß auch ein Mehrheitsbeschluß der Reichsregierung in erneuter Abstimmung das Veto nur dann beseitigt, wenn der Reichszanzer mit der Regierung stimmt.“

Danach hat also der Reichstag diese Auffassung in die Reichshaushaltsordnung hineingebracht und somit den Willen bekundet, die Position des Reichsfinanzministers in der Abwehr von Forderungen einzelner Ressorts besonders zu verstärken. Dabei sei besonders festgehalten, daß der Reichsfinanzminister diese Vetos nur ausüben kann in der Abwehr bestimmter Positionen. Er ist aber nicht in der Lage, durch diesen Abstimmungsmodus bestimmte neue Forderungen durchzusetzen.

Nach den Kommentatoren der Reichshaushaltsordnung wurde gegen die verstärkte Position des Reichsfinanzministers von anderer Seite geltend gemacht, daß diese Hervorhebung nach den Bestimmungen der Reichsverfassung nicht möglich sei. Demgegenüber aber verweist der Kommentar auf die Stellung des Reichszanzlers in der Verfassung, der nach Paragraph 56 die „Richtlinien der Politik“ bestimmt. Darum wird dann in dem Kommentar das folgende festgestellt:

„Steht aber nach der W dem Reichszanzer das Recht zu, die Richtlinien seiner Politik allein zu bestimmen, so liegt es durchaus in der gleichen Linie, wenn ihm in der RD die Befugnis beigelegt wird, in wichtigen finanziellen Fragen — und nur um eine solche kann es sich praktisch bei der Ausübung des Vetos handeln — dem Reichsminister der Finanzen handeln — eine Ueberstimmung des letzteren durch die übrigen Kabinettsmitglieder zu verhindern.“

Demzufolge hat also der Reichstag durch seine veränderte Fassung der Regierungsvorlage zur Reichshaushaltsordnung erklärt, daß dem Reichszanzer die Möglichkeit vorbehalten bleiben müsse, auch bei der Aufstellung des Reichsetats die „Richtlinien der Politik“ zu bestimmen. Daraus ergibt sich positiv, daß der Reichsfinanzminister, also Hilferding, und der Reichszanzer, der Genosse Müller, den Schlüssel für die Lösung des Panzerkreuzerproblems auch nach dem Willen der Reichshaushaltsordnung in ihren Händen tragen. Der Parteiausschuss hat den einmütigen Willen der Partei festgestellt. In den Deklarationen dazu wurde gesagt, daß sich kein Minister für den Bau des Panzerkreuzers erkläre. Nach Paragraph 22 der Reichshaushaltsordnung ist der Entwurf des neuen Haushaltsplanes dem Reichsrat spätestens bis zum 1. November vorzulegen. Die Entscheidungen des Reichskabinetts in dieser Frage müssen also im Verlaufe des Oktobers getroffen werden. In ihrer Sitzung vom 18. August haben Fraktion und Parteiausschuss erklärt, daß sie

„die enge Fühlung zwischen ihnen und den der Regierung angehörenden Genossen in allen politischen Fragen für eine unabwendbare Notwendigkeit“

erachten. Dem Reichsfinanzminister und dem Reichszanzer sind die legalen Möglichkeiten in die Hand gegeben, auch einen Mehrheitsbeschluß des Kabinetts in der Frage der zweiten Rate zu verhindern. Das aber war der Wille des Parteiausschusses. Sind sich die Minister im Zweifel, dann haben Parteiausschuss und Reichstagsfraktion zu entscheiden. Der Beschluß des Parteiausschusses vom 11. September läßt also keinen Zweifel zu. Mögen dem nach Auffassung der Minister „politische“ Bedenken entgegenstehen. Selbst Genosse Löbe hat erklärt, daß dann die Konsequenzen getragen werden müßten. Also die Bahn ist frei.

Hic Rhodus, hic salta!  
Hier ist Rhodos, hier springe!

## Selbstmord auf Befehl

### Litauische Kommunisten gegen Moskau

Der Ost-Express berichtet aus Romno: Die kommunistische Partei ist in Litauen verboten und die Regierung führt einen scharfen Kampf gegen sie. Es scheint, daß die schwierige Lage der Partei auch zu inneren Streitigkeiten und Spaltungen führt, die die Kampfkraft der Partei lähmen. Das Parteiblatt, das in Litaunien erscheint und in Litauen nur auf geheimen Wegen Eingang findet, beschwert sich über die schwächliche Haltung zahlreicher Kommunisten. Es scheint auch, daß die strenge Bevormundung, die Moskau ausübt, unter den litauischen Kommunisten Widerstand hervorruft. Moskau wünscht keinen Kampf gegen die Außenpolitik der Wolodemas-Regierung. Die Sowjetpolitiker befürchten nämlich, daß eine Regierung der Linksparteien in Litauen eine nachgiebigere Haltung gegenüber den Polen zeigen würde. Eine Verständigung zwischen Romno und Warschau würde aber den Interessen der Sowjetpolitik widersprechen. Innerhalb der litauischen Kommunistenpartei gibt es aber größere Gruppen, die ungeachtet der Moskauer Richtlinien die Außenpolitik der Wolodemas-Regierung kritisieren und bekämpfen wollen.

Diese Vorgänge in der litauischen kommunistischen Partei bestätigen wieder einmal die allerdings schon längst bekannte Tatsache, daß die kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern nichts anderes sind als Werkzeuge der Moskauer Regierung und der russischen Außenpolitik. Die Interessen der Arbeiterklasse in den außerrussischen Ländern spielen für die Moskauer Diktatoren gar keine Rolle. Sie werden höchstens mit Füßen getreten, wenn es das höhere Interesse der Moskauer auswärtigen Politik erfordert. Welche protesten Zustände sich daraus ergeben, zeigt das litauische Beispiel sehr deutlich. Die Kommunisten in Litauen werden einfach gezwungen, wider ihren Willen und entgegen ihrer besseren Einsicht den Kampf gegen die stotreaktionäre, in den Bahnen Russlands wandernde Regierung Wolodemas einzustellen, weil die Sowjetregierung eine liberale Regierung in Litauen, die auf eine Verständigung mit Polen hinarbeiten könnte, nicht gebrauchen kann. Lieber eine faschistische Diktatur in Litauen, die die litauische Arbeiterklasse tötet, aber den Kriegszustand zwischen Polen und Litauen weiter bestehen läßt, als eine arbeiterfreundliche Linkspartei, die eine Politik der Selbstbestimmung treiben würde. Den unter der Kante Wolodemas leuchtenden litauischen Proletariats aber erzählt man, daß die Sowjetregierung nicht etwa die Bundesgenossin ihres Peinigers Wolodemas, sondern selbstverständlich die Freundin des litauischen Volkes sei. Wie das litauische Beispiel zeigt, kommt aber doch überall einmal die Stunde, wo sich auch der gehorsamste kommunistische Proletarier gegen diese Moskauer Diktatur, die der Arbeiterklasse manches Landes geradezu den Selbstmord befiehlt, auflehnen muß.

In Wie verlautet, stehen in Bukarest neue Verhaftungen von Politikern bevor, die an den Petrolemischreibungen beteiligt waren. Es handelt sich um den Abgeordneten Burlan, sowie um den ehemaligen Senator Ritter Baranga (Volkspartei), ferner um den Desmaguaten Deurgent.

Wer österreichische Zeitungen zu Gesicht bekommt, kann leicht täglich von Aufmarschplänen der Heimwehren lesen, von kriegerischen Rüstungen und von wilden Drohreden der Heimwehrführer, die die Bürgerkriegsvorbereitungen nicht ohne Begleitung im schwarzen Tirol schwärzen man von einem „Marsch nach Wien“ und stellt sich so an, als ob der kleine Innsbrucker Provinzadolf, der die Tiroler Heimwehrbände kommandiert, den Mussolinischen Marsch nach Rom nachahmen könnte. So weit ist es natürlich noch lange nicht. Österreich ist nicht Italien und Stride ist kein Mussolini.

Aber es wäre andererseits doch verfehlt, den österreichischen Heimwehren jede Bedeutung abzusprechen und die Gefahren, die von ihnen ausgehen, zu unterschätzen. Die Gefahr liegt vor allem darin, daß es den Heimwehren gelungen ist, im österreichischen Bürgertum eine ausgeprägte faschistische Ideologie zu erwecken. Die bürgerlichen Parteien sind heute bis zu einem gewissen Grade die Gefangenen jener politischen Wildlinge geworden, die den Tag kaum mehr erwarten können, an dem sie mit Maschinengewehren gegen die organisierte Arbeiterklasse zu Felde ziehen. Ueber das österreichische Bürgertum hat der Faschismus tatsächlich einen Erfolg davongetragen! Aber von diesem Erfolge bis zum Stege über eine so gut organisierte und geschickt geführte Arbeiterklasse, wie es die österreichische ist, hat es noch keine guten Wege.

Die politische Lage in Österreich steht im Zeichen des Kampfes um den Mieterschutz. Die kapitalistischen Klassen laufen Sturm, obwohl die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes nicht allein im Interesse der Arbeiterklasse liegt, sondern auch für große Teile des Kleinergewerbes und der Kleinindustrie Österreichs von der größten Bedeutung ist. Ja, es ist so, daß der Mieterschutz eigentlich eine Art Exportprämie darstellt, ohne die die schwer kämpfende Industrie Österreichs sich kaum auf ihrer heutigen Höhe behaupten könnte. Wenn trotzdem die bürgerlichen Parteien den Mieterschutz mit allen Mitteln zu Fall zu bringen suchen, dann tun sie es deshalb, weil in ihren Reihen die verhältnismäßig gut organisierten Gruppen der Hausbesitzer eine so starke Macht darstellen, daß sich ihr gegenüber die anders orientierten Teile des Bürgertums nicht durchsetzen können.

Die Heimwehren haben sich, wie kaum anders zu erwarten war, auf die Seite der extrem kapitalistischen Gruppen gestellt.

## Oesterreichischer Parteitag

ÖSD Wien, 17. September.

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie wurde am Montag geschlossen. Die zur Sozialversicherung und Arbeitslosenversicherung beantragte Resolution wurde einstimmig angenommen. Verabschiedet wurde außerdem eine Entschließung, in welcher der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten aufgefordert wird, den Kampf um eine gesetzliche Festlegung des Wächterschutzes energisch weiterzuführen, damit der Schutz der Bäcker zu einem dauernden Bestandteil des bürgerlichen Rechts gemacht werde.

In seiner Schlussrede verwies der Vorsitzende Bürgermeister Seitz darauf, daß die Sozialdemokratische Partei Österreichs ihre Erfolge vor allem der Einigkeit verdanke: „Es sind gerade 40 Jahre her, seitdem Viktor Adler die Einigung der damals gespaltenen, sich im Bruderkampf zerfleischenden Parteien durchführte, die dann auf dem Parteitag in Hainfeld beschlossen wurde. Die bürgerlichen Parteien versprechen sich bei der Diskussion und bei jedem Parteitag den Beginn einer neuen Spaltung. Wenn auch Differenzen über tatsächliche Fragen selbstverständlich immer vorhanden sind und auch über die Einzelheiten des Mieterschutzes und der Abgabenteilung vorhanden waren, so werden diese immer, sei es vor dem Parteitag, sei es auf dem Parteitag, in brüderlicher Weise ausgeglichen, so daß die Partei immer einig und diszipliniert gegen die Gegner vorgehen kann. Auch diesmal wird die Partei einig gegen die Anschläge der Gegner vorgehen.“

Die neugewählte Parteivertretung wählte nach der Beendigung des Parteitages den Bürgermeister Seitz zu ihrem Vorsitzenden. Stellvertreter wurden Tomshid und Bauer. Als Parteisekretäre wurden Starek, Deutsch, Danneberg und Speller gewählt.

## Zwei Reden

### Marz und Severing

Die faschistische Zentrumspartei hielt am Sonntag in Chemnitz einen außerordentlichen Parteitag ab, auf dem der frühere Reichszanzer Dr. Marz das politische Referat übernommen hatte. Marz beschäftigte sich mit den aktuellen Fragen der Außen- und Innenpolitik. Von besonderem Interesse ist, was er über die Genfer Aktion des Reichszanzlers Müller zu sagen hatte. Er glaubte feststellen zu können, daß Dr. Stresemann nur die Politik weitergeführt habe, wie sie von Dr. Wirth als Reichszanzer eingeleitet worden sei. Danach erklärte er nach dem Wortlaut, den die TA übermittelt, das Folgende:

„Ein oft betonter Irrtum werde wohl nach den Vorkommnissen in Genf endgültig erledigt sein. Der Glaube nämlich, daß eine sozialistische Regierung in der Durchsetzung der Herzenswünsche des deutschen Volkes, insbesondere Räumung des besetzten Gebietes, erfolgreicher sein würde, als eine anders zusammengesetzte Regierung. Ueberall werde sich jetzt wohl die Erkenntnis durchgesetzt haben, daß es den französischen Machthabern leider an der psychologischen Einstellung fehle für die große Aufgabe, die ihnen durch den Lauf der Weltgeschichte und die Ergebnisse der letzten Jahre zugefallen sei.“

Man kann über das Verhalten des Reichszanzlers Müller geteilter Meinung sein. In diesem Zusammenhang aber ist von besonderem Interesse, daß sich Dr. Marz, der Führer des Zentrums, in die Front der übrigen Rechtsparteien stellt, was auch dem koalitionsfreundlichen Genossen zu Bedenken Anlaß geben mußte. Von besonderer Bedeutung aber sind einige Sätze aus der Rede Marz über die Innenpolitik. Er sagte u. a.:

„Was die Innenpolitik anlangt, so habe die Bildung des neuen Kabinetts schwere Kämpfe verursacht. Noch weiß man nicht, welche Verwicklungen die kommenden Monate mit sich bringen werden. Die Zentrumsfraktion des Reichstages werde nach dessen Wiederzusammenkunft darüber zu entscheiden haben, ob aus der jetzigen losen Verbindung der hinter der Regierung stehenden Parteien eine festgebundene Koalition werden soll. Soweit die Dinge zu übersehen seien, scheine vorläufige Stimmung dafür vorhanden zu sein, an der jetzigen Distanz festzuhalten und erst die Entwicklung der Regierungspolitik abzuwarten.“

Bisher wurde in den Reihen der Anhänger des Kabinetts der Persönlichkeiten, soweit sie in sozialdemokratischen Kreisen zu finden sind, einmütig die Auffassung vertreten, daß mit der Umbildung des Kabinetts im Herbst zu rechnen sei. Die führenden Haupter haben daran sehr konkrete Schlussfolgerungen geknüpft. Der Führer des Zentrums aber stellt nun fest, daß vorläufig keine Stimmung dafür vorhanden sei. Die faschischen Landesinstanzen haben in einem an anderer Stelle wiedergegebenen Aufruf am Montag festgestellt, daß gegen diese Koalitionspolitik der Kampf mit allen Mitteln zu führen ist. Im Kabinett der Köpfe haben

Sie drohen den Sozialdemokraten für den Fall, daß sie in der Frage des Mieterschutzes nicht klein beigeben, die Anwendung von Brankialgewalt an. Als eine Art Generalprobe dafür war der für den 7. Oktober in Wiener-Neustadt geplante Heimwehraufmarsch gedacht. Die Vertrauensmänner der Arbeiter des Wiener-Neustädter Industriebezirkes, des größten industriellen Zentrums außerhalb Wiens, beantworteten die Ankündigung des Heimwehraufmarsches mit dem Beschluß, am gleichen Tage und am gleichen Orte einen Arbeitertag abzuhalten.

Kein Zweifel, daß das gleichzeitige Stattfinden dieser beiden Veranstaltungen die Gefahr eines blutigen Zusammenstoßes nahebringt. Den sozialdemokratischen Vertrauensmännern blieb allerdings nach den mit so drohenden Gebärden angekündigten Aufmarsch der Heimwehr kaum mehr eine andere Wahl. Wollten sie nicht die Führung über die tieferrregten Massen verlieren, blieb ihnen nichts anderes übrig, als die Organisation der Gegenkundgebung selbst in die Hand zu nehmen.

Aufgabe der Behörden ist es nun, zu dieser Lage Stellung zu nehmen. Wenn die Regierung des Landes kein Mittel weiß, um einer so unmittelbar drohenden Gefahr zu begegnen, dann hat sie das Recht verwirft, eine Regierung zu sein.

Die Arbeiterklasse Österreichs hat gegenüber allen Provokationen der Heimwehren, die ganz offenbar vorfälschlich verfaßt, Zusammenstöße herbeizuführen, bisher ein hohes Maß von Zurückhaltung an den Tag gelegt. Ob es ihr gelingen wird, den Weg der friedlichen Entwicklung weiter zu gehen, hängt aber nun bis zu einem gewissen Grade nicht mehr von ihr allein ab. Und darin liegt ja die eigentliche Gefahr. Österreich ist an einem Wendepunkte angelangt. Nun scheidet sich die Wege. Ob sie zur Diktatur oder zur Demokratie führen, muß sich bald entscheiden! Vorläufig steht die Arbeiterklasse, die mit Nachdruck — und auch mit großem Erfolg — die Demokratie verteidigt, so gut wie allein auf dem Plan. Wenn das Bürgertum oder wenigstens ein Teil des Bürgertums sich nicht rechtzeitig eines Besseren bestimmt, dann schaltete es sich selbst aus dem politischen Geschehen des Landes aus.

Die österreichische Arbeiterklasse wird aber, die bereits so viele Stürme ehrenvoll bestanden hat, — dessen wird wir gewiß — auch den faschistischen Heimwehresturm siegreich bestehen!

die Koalitionspartner völlige Bewegungsfreiheit. Sie sind an nichts gebunden. Programmatische Festlegungen wurden abgelehnt und es ist nicht verwunderlich, wenn das Zentrum, wohl aber auch die anderen Parteien, diesen Zustand soweit als möglich aufrechterhalten möchten. Dies bestätigt eine Rede, die Genosse Severing am vergangenen Sonntag vor dem Reichsbanner in Lübeck gehalten hat. Er beschäftigte sich dort eingehend mit dem Wehrproblem und bezog sich dabei einerseits auf das Heibergers Programm und auf die Erklärungen, die der Reichszanzer Müller bei Amtsantritt des Kabinetts der Köpfe verlesen hat. Jedenfalls dürften seine Auffassungen der Meinung weiter Parteikreise nicht entsprechen. Indes über das Wehrproblem muß eingehender gesprochen werden. Von besonderer Bedeutung sind im Zusammenhang mit der Chemnitzer Rede des früheren Reichszanzlers Marz einige Sätze, die zwar im Bericht des ÖSD nicht zu finden sind, über die aber das Berliner Tageblatt zu berichten weiß. Severing sagte danach:

„Mit aller Deutlichkeit unterstrich der Redner, daß, wenn die Umbildung der Preußenregierung nicht im Herbst vorgenommen werde, er kaum eine Möglichkeit sehe, daß die Deutsche Volkspartei eine an das Kabinett fraktionell gebundene Politik mitmachen könnte.“

Danach ist auch Severing nicht allzu optimistisch eingestellt. Er weist dem preussischen Landtag und der preussischen Regierung die Initiative zu. Auch dort sind die Einflüsse des Zentrums besonders groß und wenn die Bemerkungen Severings mit den Darlegungen des Reichszanzlers a. D. Dr. Marz in eine Linie gebracht werden können, dann ergibt sich die Feststellung, daß zunächst wenig Aussicht zu bestehen scheint, die Absichten der vier sozialistischen Minister zu verwirklichen. Die Volkspartei würde dann, wie auch die übrigen bürgerlichen Koalitionspartner des Reichskabinetts, völlige Bewegungsfreiheit behalten, was nur befürchten würde, daß die Beschlüsse der Landesinstanzen den einzig möglichen Weg aufzeigen, den die Sozialdemokratische Partei beschreiten muß, um aus der gegenwärtigen Situation herauszugetrieben zu werden.

## Stahlhelm und Republik

### Das „Ausräumen“ soll beginnen

Der habsburgische Brandenburgerische Stahlhelm gegen die Republik und ihre Repräsentanten hat sich der zweite Bundesvorsitzende dieser Organisation am Sonntag in einer Rede in Prenzlaw für die Bundesleitung angeschlossen. Düsterberg erklärte, daß die Volkspartei „programmatisch für den ganzen Stahlhelm gilt“. Damit erklärt sich also der ganze Stahlhelmbund offiziell als Todfeind der Republik. Daraus müßten die republikanischen Regierungen die Konsequenz ziehen und alle Stahlhelmer, die in Staatsstellen sitzen und sich vom Staat bezahlen lassen, um demselben Staat bei der ersten passenden Gelegenheit an die Gurgel zu springen, schleunigst an die frische Luft befördern. Das ist um so notwendiger, als der Stahlhelmführer gleichzeitig größere Aktivitäten des Stahlhelms ankündigt. Düsterberg sagte in seiner Rede u. a. nach, der Stahlhelm werde „seht endlich aktiv werden und wolle mit dem Gesindel ausräumen, das Deutschland ins Unglück geführt habe“. Da hat die Republik wirklich allen Grund, ihrerseits mit dem faschistischen Gesindel gründlich aufzuräumen.

## Eine undankbare Aufgabe

### Die schwierige Regierungsbildung in Thüringen

ÖSD Weimar, 17. September.

Die wenig beneidenswerte Mission, die der Demokrat Dr. Krüger als Unterhändler für die Regierungsbildung übernommen hat, ist bis heute ergebnislos geblieben. Alle Kombinationen der bürgerlichen Blätter über die künftigen Mitglieder der Thüringer Regierung haben sich als falsch oder verfehlt erwiesen.

Am Montag machte Dr. Krüger dem Landtagspräsidenten die Mitteilung, daß es ihm bisher unmöglich war, die Verhandlungen über die Regierungsbildung endgültig zum Abschluß zu bringen. Eine am Montagabend abgehaltene Sitzung des Unterhändlers mit den bisherigen Regierungsparteien verlief ebenfalls ergebnislos. Eine Einigung über die Personfrage war nicht zu erzielen. Dr. Krüger machte dem Landtagspräsidenten daraufhin den Vorschlag, den Landtag nicht zu dem vorgesehnen Termin, sondern noch später als dem 20. September einzuberufen.

# Reichstagswahlen in Schweden

II Stockholm, 17. September.

Nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen erhielten bei den Reichstagswahlen die Kommunisten sechs Sitze, die Konservativen 67, die Sozialdemokraten 83, der Bauernbund 26, die Liberalen drei und die Freiwilligen 27 Sitze. Die Einbuße der Sozialdemokraten an Stimmen ist besonders in Nordschweden groß. Die Ursache hierfür sieht man in erster Linie in dem verlustbringenden Eisenrubenstreik. Interessant ist das Stimmverhältnis im Grubenbezirk Norrbotten. Dort erhielten die Konservativen 22 351, die Freiwilligen 6337, die Sozialdemokraten 14 536 und die Kommunisten 11 928 Stimmen. Die Blätter stellen fest, daß die Zahl der kommunistischen Stimmen in einigen Bezirken stark zugenommen habe. Die Kommunisten erhoffen einen noch größeren Gewinn bei der Wahl in Stockholm, die am Freitag stattfindet.

In politischen Kreisen schätzt man die bürgerliche Mehrheit der 2. Kammer auf 31 Stimmen. 88 Sozialdemokraten und Kommunisten stehen 132 Bürgerliche, Bauernbund, Liberale und Freiwillige gegenüber. Wahrscheinlich wird Admiral Lindman, der die Konserativen im Wahlkampf glänzend geführt hat, vom König den Auftrag erhalten, das neue Ministerium zu bilden.

# Die Unterjuchung des Anleihegeschwindels in Wien

II Wien, 17. September.

Wie die Abendblätter berichten, sind die beiden Berliner Kriminalkommissare, die in der Stinnesaffäre in Wien gemeinsam mit den Wiener Behörden Erhebungen anstellten, wieder abgereist. Die Berliner Kriminalbeamten haben bedeutendes Erhebungsmaterial mitgenommen, das sich insbesondere auf den Direktor der Wiener Filiale Nordmann bezieht. Auch der Berliner Staatsanwalt, der sich einige Tage in Wien aufhielt, ist am Sonnabend wieder nach Berlin zurückgekehrt.

In den letzten Tagen ist es gelungen, ein kleines Bankhaus in der Innenstadt Wiens ausfindig zu machen, bei dem der Generaldirektor der Wiener Niederlassung der Firma Stinnes, Nordmann, ein Konto besaß, über das auch Direktor Bela Groß verfügen konnte. Ueber dieses Konto sollen die zur Beschaffung der Kriegsanleihen und zur Auszahlung der Provisionen benötigten Gelder nach Wien angewiesen worden sein. Die Polizei hat die Kontoauszüge beschlagnahmt und die Angehörigen des Bankhauses vernommen. Der Chef des Bankhauses erklärte, daß er von der Verwendung der Gelder keine Ahnung hatte.

Wie die WTB mitteilt, werden sich der Auslieferung von Bela Groß, die von der Berliner Staatsanwaltschaft beantragt worden ist, keine Schwierigkeiten entgegenstellen, so daß Groß voraussichtlich schon in aller nächster Zeit im Moskauer Untersuchungsgefängnis eingeliefert werden wird.

# Die Politik auf dem Balkan

SPD Belgrad, 18. September.

Die jugoslawische Regierung hat am Montag telegraphisch in Tirana angeordnet, daß der dortige jugoslawische Geschäftsträger bei der albanischen Regierung die Anerkennung des neuen monarchistischen Regimes erklären soll.

Aus diplomatischen Kreisen erfahren wir, daß der griechische Premierminister Benizelos in Begleitung des griechischen Außenministers Karapanos im Oktober nach Belgrad kommen werde, und bei dieser Gelegenheit einen Freundschaftsvertrag zwischen Jugoslawien und Griechenland unterzeichnet werden soll. Auch andere Streitfragen sollen behandelt werden, wie z. B. die Salonikergriechen Freizone. Benizelos wird vor seiner Belgrader Reise zuerst nach Rom, wo die Unterzeichnung eines griechisch-italienischen Paktes erfolgt, und dann nach Genf und Paris fahren.

Der König Alexander kehrte aus seiner Sommerfrische nach Belgrad zurück. In Belgrad erwartet man vorläufig keine politische Veränderung, trotzdem man in Zagreb zum Teil ruhiger über die Gehehnisse Stellung nimmt als bisher.

Die Parteien werden sich jetzt nach den Parlamentsferien mit der kroatischen Frage beschäftigen. Man erwartet sehr wichtige Parteikonferenzen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Initiative von Belgrad ausgehen wird.

II Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die GPU im Perekhano-Gebiet erhebliche Verurteilungen ausgedeckt. Es sind 43 Personen verhaftet worden, die in die Millionen gehende Unterschlagungen verübt haben. Die Verhafteten sind nach Moskau geschickt worden, wo sie vor das Kriegsgericht gestellt werden.

# Das Ergebnis von Genf

## Ein englischer Kommentar

II Genf, 16. September.

Lord Cushendun hat am Sonntag nach Abschluß der dritten Besprechung der sechs Mächte einigen maßgebenden englischen Journalisten eine offizielle Erklärung abgegeben, die gerade im gegenwärtigen Augenblick außerordentliche Bedeutung gewinnt, da sie über die offiziell ausgegebene Verlautbarung der heutigen Zusammenkunft weit hinausgeht und das tatsächliche Ergebnis der Verhandlungen eindeutig darlegt. Die Erklärungen Lord Cushenduns, der in den Besprechungen der sechs Mächte den Vorsitz geführt hat, können kurz folgendermaßen zusammengefaßt werden:

1. Die Initiative für die weiteren Verhandlungen über die Rheinlandräumung, insbesondere über die Bedingungen, unter denen die Verhandlungen jetzt weiter fortgesetzt werden können, liegt ausdrücklich bei der deutschen Regierung. Es ist jetzt Aufgabe der deutschen Regierung, Vorschläge über die Regelung der Reparationsfrage den Alliierten vorzulegen.

2. In der Reparationsfrage wünscht die englische Regierung bei der Mobilisierung der deutschen Reparationsschuld die gleiche Summe zu erhalten, die England den Vereinigten Staaten zu zahlen hat.

3. Es ist in den Verhandlungen festgestellt worden, daß die Feststellungs- und Vergleichskommission nicht einen militärischen, sondern einen rein zivilen Charakter tragen soll. Jedoch ist nicht entschieden, ob Deutschland in dieser Kommission vertreten sein soll. Von französischer und belgischer Seite wird gegen eine Vertretung Deutschlands in dieser Kommission Einspruch erhoben.

4. Es ist festgestellt worden, daß die Kontrolle dieser Kommission sich auf die deutsche entmilitarisierte Rheinlandzone beschränken soll, nicht jedoch auf andere Gebiete des Rheinlandes und nicht auf französisches Gebiet. Es ist bisher nicht entschieden, ob die Dauer dieser Vergleichskommission mit dem Jahre 1935 ihren Abschluß finden oder ob die Kommission darüber hinaus bestehen soll. Von alliierter Seite wird gefordert, daß die Dauer dieser Kommission nicht begrenzt wird, jedenfalls über 1935 hinaus andauern soll.

5. Die Kommission der Finanzsachverständigen für die Regelung der Reparationsfrage soll so bald wie möglich eingesetzt werden. Die Verhandlungen über die Einhebung der Vergleichskommission und über die Räumung des Rheinlandes sollen gleichzeitig geführt werden. Die Verhandlungen würden jedoch erst eröffnet werden, wenn Deutschland Vorschläge in dieser Hinsicht den Alliierten vorlegt.

# Die Schweiz Zummelplatz der Faschisten

SPD Bern, 18. September. (Radio.)

Anlässlich der Verhaftung Rossi und der Vorgänge in Champrion beschloß der schweizerische Bundesrat in Bern, eine Note an die italienische Regierung zu senden. Der offizielle Text wird erst bekanntgegeben, wenn die Note durch die Schweizer Gesandtschaft in Rom der italienischen Regierung überreicht worden ist. Ferner beschloß der Bundesrat die Ausweisung zweier Italiener, die in Bern der italienischen Polizei Spionagedienste leisteten.

II Von der Polizei in Lugano ist im Kanton Tessin im Zusammenhang mit den Nachforschungen in der Angelegenheit Rossi ein regelrechtes Spionagenetz ausgehoben worden. Die Polizei verhaftete zunächst einen gewissen Marzotati, indem sie das Haupt einer Kokainsmugglerbande vermutete. Es stellte sich aber heraus, daß man es bei dem Verhafteten mit dem Chef eines Spionagedienstes zu tun hatte, der den Auftrag hatte, gewisse italienische und andere Personen in Tessin zu beobachten und die italienische Polizei über ihre Tätigkeit zu unterrichten. Der Verhaftete entpuppte sich als der in Bern wohnende Sante Bezzari, er ist Faschist und gleichzeitig auch Inzeratensammler der Smulla-Italien, einer ultra-faschistischen Zeitung in der Schweiz. Ferner wurde ein gewisser Bernici verhaftet, der jedoch nach Hinterlegung einer Kaution durch einen Luganoer Rechtsanwalt wieder in Freiheit gesetzt wurde. In der Angelegenheit soll noch ein weiterer Luganoer verwickelt sein, der an Agenten der italienischen Polizei gegen Bezahlung über in Tessin wohnende oder durchreisende Persönlichkeiten Informationen lieferte. Die Organisation hatte Niederlassungen in Locarno, Bellinzona und einigen größeren Städten der Nordschweiz. Dem Carriere des Ticino zufolge sollen verheiratete in diese Angelegenheit verwickelte Personen aus dem Kanton Tessin ausgewiesen werden.

# Für und gegen Briand

SPD Paris, 18. September (Radio.)

Die französische Regierung tritt am nächsten Donnerstag zu einem Kabinettsrat zusammen. Der Quotidien stellt dabei die Forderung, daß schon in dieser Sitzung die Räumung der zweiten Zone des Rheinlandes beschlossen werden müsse. Alle Welt verlange jetzt von Frankreich eine schöne Geste des Verzichtes, die die weiteren Verhandlungen wesentlich erleichtern solle. Auch die Ere Nouvelle fordert, daß man nun nach der negativen Arbeit, die darin bestanden habe, drohende Kriegs- und Konfliktsgefahren zu beseitigen, zu positiven Leistungen übergehe. Perriaz dagegen erklärt im Echo de Paris eine wahre Anklage gegen Briand. Briand habe zunächst einmal weiter versucht, die Verhandlungen über die Rheinlandräumung zu vermeiden, obwohl er dies mit Unterstützung Englands gut gekonnt hätte, noch habe er die Bemühung gezeigt, den überwältigenden Gang der Dinge zu hemmen und verzögern die kleinen Alliierten Frankreichs, Polen und die Tschechoslowakei, zuzuziehen. Neben dieser verschleierten Taktik habe Briand auch keine sachliche, politische Linie eingehalten.

# Reden in den Kommissionen

SPD Genf, 17. September.

In Genf wurden am Montag die Beratungen der Kommissionen fortgesetzt. Die Kommission für Mandatsfragen und politische Fragen schloß ihre Beratungen mit der Annahme zweier Resolutionen ab. Zur Mandatsfrage werden die Mandatsstaaten nochmals auf die Notwendigkeit der Herstellung der vollkommen wirtschaftlichen Gleichheit aller Staaten in den Mandatsgebieten aufmerksam gemacht; sie werden gebeten, den Alkoholismus energischer als bisher zu bekämpfen und noch einmal an ihre Pflicht erinnert, dem Völkerbundssekretariat alle gewünschten Informationen über die Mandatsgebiete zukommen zu lassen. Zu der Bekämpfung der Sklaverei wird festgestellt, daß das Antisklavereibündnis nunmehr von 26 Staaten ratifiziert worden sei, daß aber noch immer einige in Betracht kommende Staaten fehlen. Die Regierungen werden auch hier gebeten, alles Material über diese Frage auf Wunsch dem Völkerbund zur Verfügung zu stellen.

In der juristischen und in der Rüstungskommission gab es speziell juristische Auseinandersetzungen, die natürlich nicht der politischen Hintergrund entbehren. In bezug auf das Mandat der Sicherheitskommission wurde nach längerer Diskussion festgestellt, daß mit der Erledigung der bisherigen Arbeiten die Aufgabe der Kommission nicht beendet sei, sondern sie auch weiterhin von der vorbereitenden Abrüstungskommission mit Unterzungen über den Völkerbundspakt in bezug auf die Sicherheiten, die er den Völkern bietet, beauftragt werden kann. Bei der Beratung des Berichts von Politis über die Völkerbundsartikel 10, 11 und 16 tritt man sich wiederum über das Maß der Sicherheit, das der Pakt bietet.

Die technische Kommission schloß die Generaldebatte über die Wirtschaftspolitik des Völkerbundes ab und ernannte Loucheur zum Berichterstatter an die Versammlung. Ungarn, Oesterreich, Kanada, Indien und die Schweiz beklagten sich über die industriellen Schutzgölle, die die Agrarländer benachteiligten.

Am Dienstagvormittag tritt die Vollerversammlung wieder zusammen, um die ersten Kommissionsberichte entgegenzunehmen. Man hofft, die Arbeiten spätestens bis zum 25. September beenden zu können.

Die Abrüstungskommission behandelte am Montagvormittag die deutschen Kriegsverhältniss-Vorschläge. Sie erklärte sich damit einverstanden, daß die Vorschläge als Musterentwurf der Versammlung zur Annahme empfohlen würden. England, Japan und Italien erklärten aber ausdrücklich, daß sie ihrerseits einem solchen Vertrag nicht beitreten würden. Am schärfsten war der Japaner in der Ablehnung der deutschen Kriegsverhältniss-Vorschläge, die er eine Gefahr für die Entschliffenheit des Völkerbundes nannte. Auf der anderen Seite deutete Polen an, daß es lieber läge, wenn die deutschen Vorschläge zu einer Garantie der gegenwärtigen Grenzen ausgebaut würden. Paul Boncour wies darauf hin, daß, wenn nicht alle oder nicht sehr viele Staaten dem deutschen Kriegsverhältnissabkommen beitreten würden, es doch eine große Propagandawirkung ausüben könnte.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Hugo Sauppe in Leipzig.

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Hugo Sauppe in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

# Einige tausend Anzüge

und Mäntel habe ich bereits für Herren aller Kreise angefertigt. Viele Dankschreiben bestätigen die Zufriedenheit der Kundschaft. Wann bringen Sie Ihren Stoff, damit ich Ihnen daraus einen modernen Anzug oder Mantel für RM. 29,- einschließlich aller Zutaten liefern kann? Verarbeitung II RM. 37,- Hermann Weigler, Leipzig, Jakobstr. 4. prt. (am Alten Theater).

Kauft

# Held

-Margarine

weil

**trustfrei und gut**



Jeder Partei- und Gewerkschafts-genosse kauft seine geistige Nahrung nur in seiner Parteibuchhandlung!

Wir empfehlen unser reichhaltiges Lager aus sämtlichen Wissensgebieten Leipzig Buchdruckerei A.-G. Abteilung Buchhandlung und deren Filialen



Als Angestellter eines großen Hauses erhielt Peter Punkt von seinem Chef für zu besetzende Stellen etwa 130 eingelaufene Bewerbungsschreiben, aus welchen er drei geeignete Bewerber auswählen sollte. Im Nu legte er drei Briefe vor mit den Worten: „Diese drei engagieren Sie!“ „Warum?“ „Weil diese drei Leute Verstand und Geschmack haben - ihre Briefe tragen das Aroma der Kosmos „Kairo“ Zigarette.“

# KOSMOS MARKE KAIRO

Jeder sollte sie rauchen, dessen Beruf gesteigerte Aufmerksamkeit, Konzentration und Hochleistungen der Nerven und des Körpers verlangt. Außer dem feinen Geschmack, dem edlen Aroma, hat sie den Vorzug stets gleichbleibender Qualität.

ZIGARETTEN-FABRIK KOSMOS A-G DRESDEN-A SEIT 1886





Domela II

Herrn, Meister der Verwandlungsbranche, —
sieh, dein Jünger reist auf gleicher Tour,
herrlich war sie, deine Groß-Revanche
an der schwarzweißen Unnatur!

Wenn sie träumend in den Kneipen sitzen,
Brust und Bauch nach alter Art geschmückt,
— und an ihrem Grand mit Bierem schwitzen,
wird so mancher Fluch dir nachgeschickt!

Wie begeistert lag man dir zu Füßen,
Mannestreu gab sich hin dem Thron, —
Früh aus Oelo ließ allerbestens grüßen
durch Domela, seinen falschen Sohn!

Dieser Tip ist wirklich erste Klasse,
Bohrens geht als Wilhelms Adjutant —
und er öffnet spielend jede Kasse
mit Domelas Dietrich in der Hand.

Kuka.

Hünefeld zum Flug nach Osten gestartet

18. September.

Freiherr v. Hünefeld hat Dienstag um 1,52 Uhr seinen seit längerer Zeit geplanten Ostflug mit dem ihm gehörigen Junkersflugzeug Typ W 331 Europa, dem Schwesterhelfer der Bremen, angetreten.

Die erste Etappe soll bis Sofia gehen. An Bord der Maschine befinden sich als Chefpilot der schwedische Ingenieur Lindner, der zweite Führer, der Besitzer der Maschine, sowie der Bordmonteur Längersch, der bereits seinerzeit von den Junkerswerken beurlaubt war, um bei den letzten Startvorbereitungen in Waldenell zu helfen. Der Flug stellt ein von allen amtlichen und privaten Stellen völlig unabhängiges Unternehmen des Freiherrn v. Hünefeld dar. Das für den Flug notwendige Kartenmaterial ist entgegenkommenderweise von der Deutschen Luftfahrtgesellschaft und zur Verfügung gestellt worden. Vor dem Start telegraphierte Hünefeld an Kohl: „Vor dem Start nach dem Osten in Erinnerung an die gemeinsam verlebten Stunden der Gefahr und Spannung dem alten Kameraden aufrichtige Grüße.“

SPD Berlin, 18. September. (Radio.)

Ueber dem Flugplatz Wilhelmshaven-Rüstringen stürzte am Montagabend ein mit zwei Personen besetztes Daimler-Motorenflugzeug ab. Der Pilot war zu einem Rundflug gestartet und etwa 50 Meter hoch, als der Motor ausfiel. Der Führer versuchte, die Maschine in scharfer Kurve herumzuführen, um noch auf dem Flugplatz zu landen. Das glückte aber nur halb, denn die Maschine stürzte und der Propeller grub sich zerstückt in die Erde ein. Durch den Aufprall brach der Rumpf in zwei Teile und außerdem wurde das Fahrgerüst weggerissen. Wie durch ein Wunder blieben der Pilot und seine Mitinassin unverletzt.

Die Sturmkatastrophe

18. September.

Die Berichte über das Ausmaß des in den letzten 5 Tagen über die westindischen Inselgruppen hinweggezogenen Tornados haben sich als zutreffend erwiesen. Der amerikanische Regierungskommissar auf der Insel Portorico bestätigt, daß der am schlimmsten Schaden 400 Millionen Wert übersteigt. Daneben ist die Hälfte der 2 Millionen betragenden Bevölkerung obdachlos und 300 000 Personen sind dem Hungertode nahe. Seit 3 Tagen haben sie weder Nahrung noch Trinkwasser. Außerdem bedroht der Zusammenbruch aller sanitären Anlagen die Insel nun noch mit dem Ausbruch von Pest und Cholera. Vorsichtige Feststellungen zeigen, daß die Zahl der Toten auf Portorico 1000 übersteigen wird.

Auf der französischen Insel Guadeloupe sind 300 Todesopfer festzustellen, auf den verschiedenen zu England gehörenden westindischen Inseln insgesamt 55, auf amerikanischem Gebiet an der Küste von Florida vorläufig 2. In Newport eingegangene bisher unbestätigte Berichte belagen, daß bei dem Zusammenbruch einer Schule in Boynton im westlichen Teil von Palm Beach 40 Kinder begraben wurden. Ihr Schicksal ist vorläufig ungewiß.

95 000 Mark unterschlagen

18. September.

Beim Rheinischen Dampfkesselüberwachungsverein wurden Unterschlagungen in Höhe von 95 000 Mark aufgedeckt, die hauptsächlich auf das Konto des Obergeringens Bracht, Direktor der Ueberwachungsstelle, und des Kassierers zu bringen sind. Die Unterschlagungen erstrecken sich über mehrere Jahre. Kassexpositionen sind in dieser Zeit nicht vorgenommen worden. Eine heute stattfindende Versammlung soll den Mitgliedern des Vereins Gelegenheit geben, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Ein zweiter Fall Sacco-Banzetti

Und wieder die „Gnade“ eines Gouverneurs

Seit dem Mord an Sacco und Banzetti ist kaum ein Jahr vergangen, und schon wieder muß sich die Öffentlichkeit mit einem Fall amerikanischer Klassenjustiz beschäftigen. Es handelt sich um zwei amerikanische Sozialisten, Thomas Moonen und Billings, die seit zwölf Jahren in dem kalifornischen Gefängnis St. Quentin eine lebenslängliche Zuchthausstrafe, zu der sie „begnadigt“ wurden, verbüßen. Karin Michaelis schildert in der Frankfurter Zeitung ihr Schicksal. Es ist einfach, nüchtern, fast folgerichtig amerikanisch:

Im Jahre 1916 rüsteten die amerikanischen Kapitalisten zu der aktiven Teilnahme der Vereinigten Staaten an dem großen Geschäft, welches sich Weltkrieg nannte. Mit allen Mitteln suchte man die amerikanische Arbeiterschaft für dieses Unternehmen zu begeistern und alle pazifistischen Strömungen, die zur Vernunft riefen, als „sozialistisch“ und „anarchistisch“ zu diskreditieren. Unschuldig einer Truppenparade in Kalifornien kam es zu einem Bombenattentat, von dem man heute noch nicht sicher weiß, ob es sich nicht um eine von der Polizei bestellte Arbeit handelte.

„Man suchte die Schuldigen unter den Arbeiterführern und verfiel gleich auf die wichtigsten: Thomas Moonen und seinen Genossen Billings.“

Moonen befand sich zwar am Tage des Attentates nicht in Kalifornien, sein Freund auch nicht, aber es fand sich ein Zeuge, einer und bald ein zweiter. Heute scheint es erwiesen zu sein, daß die beiden Hauptbelastungszeugen von amtlichen Stellen gebunden und bezahlt worden waren. Genug, nach einer kurzen Verhandlung wurden die beiden Angeklagten zu Tode verurteilt und dann durch einen Gnadenakt für lebenslänglich nach St. Quentin, „eine der tiefsten Hölle der Erde“, geschickt. Versuche, eine Revision des Urteils zu erreichen, schlugen fehl. Inzwischen wurde ein Brief des einen Belastungszeugen an seinen „Kollegen“ an das Tageslicht befördert. Er lautet nach den Angaben von Karin Michaelis:

„Lieber Bob! Es ist lange her, daß ich von Dir hörte. Ich habe ein Geschäft für Dich: Du mußt als Zeuge in einer sehr wichtigen Angelegenheit nach Frisco kommen, brauchst bloß drei, vier Fragen beantworten, ich werde sie Dir schreiben und Du be-

kommst Reisegeld und alles, was sonst ein Zeuge bekommt, nermute sich 100 (Dollar) reinen Gewinn.“

Dieses „Geschäft“, die Leistung der Meineide, erfolgte im Jahre 1916 prompt und ordnungsgemäß und dieser Brief und eine Reihe anderer Beweise veranlaßten alle Richter, alle Polizeibeamten und alle Rechtsanwälte, die mit diesem Justizfall zu tun hatten, zu erklären, daß sie durch Moonen, seinen Eideshelfer und die hinter ihnen stehenden Kreise getäuscht worden waren und die Freilassung Moonenys und Billings fordern. Jetzt hat sich auch der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes, der damals die Verhandlung geleitet hatte, veranlaßt gesehen, öffentlich seine Meinung zu äußern:

„Ich glaube nicht, daß irgendein Mensch, der den Fall wirklich untersucht hat, auch nur den geringsten Zweifel hegen kann, daß Moonen und Billings auf Grund falscher Zeugenaussagen verurteilt wurden. Der einzige Grund, sie noch länger im Gefängnis zu halten, ist, daß sie „undesirable citizens“ (unbequeme Mitbürger) sind.“

Die Verurteilung der beiden Sozialisten erfolgte, weil man sie auf diese Weise am bequemsten mundtot machen, auf diese einfache Manier das Volk gegen die Arbeiterführer aufheizen konnte, die sich gegen die Teilnahme der Vereinigten Staaten an dem Weltkriege wandten. Revision, Wiederaufnahme ist nach den in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen nicht möglich. Alles ist nur der „Gnade“ des Gouverneurs von Kalifornien, Richardson, überlassen. In seine Hand allein ist es gegeben, ob zwei Unschuldige, Opfer der Klassenjustiz, weiter im Gefängnis schmachten, im Kerker verrotten sollen!

Im Falle Sacco und Banzetti hat sich bereits ein Gouverneur in einer ähnlichen Situation befunden. Er hieß Fuller und hat es mit seinem christlichen Gewissen verantworten können, zwei Unschuldige auf den elektrischen Stuhl zu schicken, weil ihm sein kapitalistisches Pflichtbewußtsein wichtiger war. Wird der Mister Richardson aus Kalifornien mehr Mensch oder Kapitalist sein? Davon hängt das Schicksal Moonenys und Billings ab. Die internationale Arbeiterschaft möge sich aber dessen bewußt sein, daß es sich hier im Zeitalter des Kelloggpaktes und des Völkerbundes um zwei Menschen handelt, die in einer der „tiefsten Hölle der Erde“ gefangen sitzen, weil sie für den Frieden waren . . .

Demokratisierung der Wirtschaft?

Von Professor Hermsberg\*.

Der Hamburger Gewerkschaftskongress ist zu Ende. Hat er die Aufgabe erfüllt, die ihm gesetzt war, und in der Stellung der freien Gewerkschaften zur Wirtschaftsdemokratie volle Klarheit geschaffen? Eins muß mit allem Nachdruck hervorgehoben werden: Raphael und mit ihm die freien Gewerkschaften haben sich ganz eindeutig für die Auffassung entschieden, daß Wirtschaftsdemokratie im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht möglich ist, daß das Erheben der Forderung der Wirtschaftsdemokratie innerhalb der deutschen Arbeiterschaft nicht das geringste zu tun hat mit einem Verzicht auf das sozialistische Ziel, mit einem Abwenden von der Ideenwelt des Sozialismus. Wirtschaftsdemokratie bedeutet für uns keinen Ersatz für den Sozialismus, sondern die Beschäftigung mit dem Problem der Demokratisierung der Wirtschaft ist hervorgerufen . . . aus dem Bedürfnis der Ergänzung unserer sozialistischen Ideen in der Richtung der Klärung des Weges zur Verwirklichung. Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie sind für uns als Endziel untrennbar miteinander verknüpft. Es gibt keine vollendete Wirtschaftsdemokratie ohne sozialistisches Wirtschaftssystem, und das Ideal des Sozialismus wird ohne demokratischen Aufbau der Wirtschaftsführung nicht zu verwirklichen sein.“

Was sagt Raphael nun im einzelnen über diesen Weg?

1. Der Kapitalismus selbst baut Organisationsglieder in das System der freien Wirtschaft ein durch Schaffung großer Monopolgebiete. Die Kontrolle dieser kapitalistischen Monopole durch den Staat wird eine unmittelbare Aufgabe der Wirtschaftspolitik, und neben die Staatskontrolle muß „die Teilnahme der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter an der Führung der großen Monopolorganisationen“ treten. Das bedeutet eine „grundtägliche Anerkennung des Mitbestimmungsrechts der organisierten Arbeiter an der Wirtschaftsführung“. Auch in den allerdings noch sehr verbesse-

rungsbedürftigen wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern im Kohlen- und Kalibergbau sieht Raphael „Uebergangsformen von der privaten zur sozialistischen Wirtschaft“.

2. Neben der Tendenz zur privatkapitalistischen Organisation hat in der modernen Wirtschaftsentwicklung die Tendenz zur Ausdehnung der öffentlichen Betriebe eine besondere Bedeutung. „Es entstehen hier Gebiete der Wirtschaft, die in ihrer Leitung von demokratischen Körperschaften abhängig sind.“ Die Arbeiterschaft muß dahin streben, an ihrer Verwaltung in wachsendem Maße teilzunehmen.

3. Neben die Wirtschaft der öffentlichen Hand tritt „der Bezirk des Wirtschaftslebens, den sich die Arbeiterschaft durch eigene Organisation, durch Selbsthilfe, erobert“. Raphael nennt die Konsumgenossenschaften, die Bauhilfen und die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

4. Als weitere Gegenwartsaufgabe erwächst den Gewerkschaften die verstärkte Einflussnahme auf dem Arbeitsmarkt und die Bestimmung der Arbeitsbedingungen. Raphael weist auf kollektive Nachbildung zugunsten der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt durch die Gewerkschaften, auf die Sozialgesetzgebung und auf die Arbeitslosenversicherung hin und ruft der Arbeiterschaft ins Gedächtnis, „daß die Fortschritte ihrer Organisationen nicht fruchtlos geblieben sind, daß Fortschritte in der Wandlung der Struktur des Arbeitsmarktes, in der Ausgestaltung des Mitbestimmungsrechts und in der Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse erzielt worden sind, die in ihrer Gesamtheit schon den Anfang einer Ausschöpfung des kapitalistischen Herrschaftsverhältnisses des Arbeiters gegenüber dem Kapital bedeuten und erkennen lassen.“ Eine Betrachtung über die Rationalisierung gibt Gelegenheit, mit Nachdruck den Ausbau des Mitbestimmungsrechts bei allen Neuordnungen der Arbeitsgestaltung zu fordern. Damit schließt Raphael diesen Ueberblick ab, der die „Grundausstattung“ belegen soll, „daß sich der Prozeß der Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems praktisch in unendlich vielfachen Formen abspielen muß und daß alle Gegenwartsforderungen, die aus dem Kampf der

\* Aus der Zeitschrift Der Klassenkampf, 2. Jahrgang, Nr. 18, 15. September 1928.

Beleuchte Dein Heim besser!

Früher war die Petroleumlampe die hauptsächlichste Lichtquelle. Damals gab die Beleuchtung viel Anlaß zu Ärger, Verdruß und unsauberer Arbeit.

Sie war unhygienisch, teuer und unvollkommen.

Wie ganz anders die elektrische Osram-Lampe!

Das Licht, das sie gibt, ist angenehm, blickig, sauber und bequem. Für jeden Beleuchtungszweck gibt es Osram-Lampen.

Rat und Auskunft in allen Beleuchtungsfragen erteilen kostenlos die Osram-Verkaufsstellen, das Elektrizitätswerk und sonstige Elektrofachgeschäfte.





# Arbeiter-Bildung

Volkzeitung Nr. 219

Dienstag, den 18. September

## Eine lobenswerte Tat

R. F. Berge von politischem Material, Bücher und Broschüren, werden allmonatlich auf den Markt geworfen. Stöße von Flugschriften ergießen sich mit der gleichen Sicherheit auf die Schreibtische der im politischen Leben Tätigen, die oft kaum die Zeit finden, sich durch das Gewirr der vielseitigen und anstrengenden Tagesarbeit hindurchzuarbeiten.

Bei diesem Riesenumfang ist es dem einzelnen auch bei der größten Anstrengung meist unmöglich, alles das zu lesen und zu verarbeiten, was er wissen möchte. Oft genug hat er schon zu tun, um zu verfolgen, was an aktuellen Fragen in den politischen Tageszeitungen und Zeitschriften erörtert wird. Wohl jeder Funktionär empfindet den Mangel an Zeit und Ruhe, sich weiterzubilden, selbst am stärksten. Aus dieser Erkenntnis heraus wachsen überall die Bestrebungen nach Schaffung von Bildungskursen.

Wir sehen in der Partei wie in der Gewerkschaft mäandrierend an guter, gediegener Erziehung- und Bildungsarbeit. Wir haben Kurse, die in das Wesen bestimmter Fragen einführen; wir haben gut eingerichtete Bildereien, die selber nicht immer so stark benutzt werden, wie es notwendig wäre, und wir veranstalten Vortragsabende, die im Mittelpunkt meist ein zeitgemäßes Problem behandeln. Was wir bis jetzt aber nicht oder doch nur in bescheidenen Anfängen hatten, das sind Bildungskurse für die Funktionäre der Partei, die überall im Brennpunkt öffentlicher Diskussionen stehen. Und solche bisher die systematische Bildungsarbeit und Bildungsmöglichkeit für die Funktionäre, die nicht die Zeit haben, alles das zu beobachten, was — abseits oft vom Tagesgeschehen — erscheint und wohl beachtet werden muß.

Man muß es daher als eine Tat buchen, daß die sächsische Sozialdemokratie jetzt den ersten großen Bildungskursus für Spitzenfunktionäre abheilt. Vierzehn Tage lang haben die Kursteilnehmer bei der Arbeit, um sich von guten Lehrern und Sachkundigen über zwei große Fragen unterrichten zu lassen bzw. um ihr Wissen über diese Dinge einer Nachprüfung zu unterziehen.

Diese zwei wichtigen Probleme waren die Stellung zur kommunistischen Bewegung und die Durcharbeitung aller Fragen, die sich für den Marxismus bei der Behandlung der „Tagespolitik“ ergeben. In der Frage der kommunistischen Bewegung geht es um die 3. Internationale und um die Zusammenhänge; in der Frage des Marxismus um die Grundlagen der Demokratie, Regierungsbeteiligung usw.) eingehend. Die Kursteilnehmer haben in diesen zwei Wochen Arbeit und Lehren zur Verfügung gehabt, die auf den Sachgebieten als erste Kapazitäten angesehen werden dürfen: Karl Schröder und Max Adler (Wien). Beide verstanden es ausgezeichnet, den Teilnehmern die Fragen so nahezubringen, daß die Lage in Schandau allzu rasch vergangen.

In der deutschen Sozialdemokratie wird die Frage Rußland und die kommunistischen Parteien selber nicht einträglich genug besprochen. Das liegt zu einem großen Teil daran, daß Sozialisten nicht die Möglichkeit haben, die russischen Verhältnisse an Ort und Stelle zu studieren. Bekanntlich sträubt sich die Sowjetregierung heftig dagegen, sozialistischen Wissenschaftlern die Einzelheiten zu gestatten. Man gewährt diese Erlaubnis nur bürgerlichen Wissenschaftlern und Schriftstellern. Sozialdemokratischen Arbeitern aber erlaubt man höchstens, an einer der beliebigen Propagandafahrten teilzunehmen, die von der russischen Regierung inszeniert werden und die den Zweck haben, den „Rußland-Delegierten“ die schönsten Einrichtungen des „ersten Arbeiter- und Bauernstaates“ zu zeigen. Daß diese Art von „Besichtigung“ keinerlei Bedeutung hat, ergibt sich schon daraus, daß die Delegierten nicht das Recht haben, sich frei zu bewegen, Rußland auf eigene Faust zu untersuchen, und daß sie weiter oft genug damit rechnen müssen, von ihren Gastgebern angeführt zu werden. Wer erinnert sich bei dieser Gelegenheit nicht an Timmen, dem die Kommunisten sogar einen gefangenen „Menschewisten“ vorstellten, der in Wirklichkeit ein verfeindeter Kommunist war.

Andererseits muß aber auch zugegeben werden, daß wir selbst etwas voreingenommen zu Rußland stehen und von Berlin aus nicht gerade sachgemäß über russische Vorgänge unterrichtet werden. Wer z. B. die Gelegenheit hat, das Tagesmaterial des sozialdemokratischen Pressebüros durchzusehen, der wird mancher mehr als erstaunt sein, wie nebenher und oberflächlich hier berichtet wird. Daß die sozialdemokratische Zentrale über brennende Probleme des Fernen Ostens ebenso lag unterrichtet ist, ist kein Entschuldigungsgrund.

So wurde es dankbar begrüßt, daß in Schandau Karl Schröder über den ganzen gewaltigen Fragenkomplex sprach. Schröder ist einer, der die Dinge nicht aus der Entfernung kennt. Er stand mitten drin in der Bewegung, war viele Jahre führend

in der kommunistischen Partei tätig, kennt Rußland (das alte und das neue Rußland) und ist zu dem ein Mann, der seine marxistische Denkweise nicht für ein Linsengericht auf Eis stellt.

Er umriß das Problem und führte in vielen Stunden sachlich und doch nicht bozenthast-trocken in die Materie ein. Vor allem machte er den Begriff „Rußland“ klar. Das Riesentier von den Gestirnen der Dürre bis zum nördlichen Eismeer, von den fruchtbarsten Gebieten Polens bis nach Wladiwostok erstreckt vor den Augen der Hörer. Und mit dem Riesentier sah man die Bewohner: die Weißrussen und Polen, die Kaulasier und die Juden, die Mongolen und die Nomadenvölker, die zum Teil noch heute auf einer Entwicklungskurve stehen, die wir in Westeuropa lange überschritten haben. Es erstand vor uns das zeitliche Schicksal, der naive Gottesglaube armelig ihr Leben fristender Kleinbauern (die sich vor dem Kriege praktisch noch vielerorts in der Sklaverei befanden) und die dünne Schicht baltischer Proletarier, die in den ersten Stadien ihrer Organisation auf. Wir erlebten die Revolution der entrechteten Bauern, die ersten Versuche der Proletarier, ihre Lage zu verbessern, und wir wurden Zeuge des Erwachens der geistigen Schichten und ihrer Versuche, „unter das Volk zu gehen“ und dieses Volk für eine Freiheit zu begeistern, die dem Unterdrückten ebenso unklar nachschwebte, wie fast alles, was mit seiner Klassenlage zusammenhängt — bis auf den Millionenstreit der Bauern nach Land.

Wir haben die Revolution von 1905 und den Krieg, den Zusammenbruch und das System Kerenskijs. Wir bekamen aber vor allem einen Einblick in das Problem der kleinen russischen Arbeiterbewegung, deren jahrelangjährige Winzler nur noch durch die Spitzendurchleuchtung und die illegale Tätigkeit übertrifft wurde. Vor unsern Augen erstand das Jahr 1917, erstand die Zeit, in der die Volkswirtschaft — damals in der Partei eine Minderheit — zu arbeiten begann und den Oktober-Insurrektion vorbereitete. Und mit einem Male verstanden wir — durch die Anwesenheit schon lebend gemacht, warum das Rußland mit seinen 85 Prozent Bauern die Entwicklung nehmen mußte, und warum die „Nachfolger“ in Sowjetrußland an diesem System festhalten mußten, um sich an der Macht zu behaupten. Wir sehen jetzt aber auch deutlich, wie dieses System nicht sozialistisch ist und wie alle Versuche der Kommunisten, dieses Land als einen Hort des reinen Marxismus anzuweisen, vergebliche Liebesmüh sind, die durch jede Handlung der in Rußland Regierenden ab absurdum geführt wird.

Rußland ist nicht das Land des Marxismus — aber wir unterschätzen doch nicht das, was in diesem Riesentier der ehemals schwächsten Reaktion und des Analphabetismus erreicht wurde. Wir erkennen gern an, daß die neuen Männer auf neuen Gebieten — besonders auf kulturellem — Großes geleistet haben, und daß in Rußland — trotz der neuen ökonomischen Schwierigkeiten — etwas Neues, dem Weltproletariat Bedeutungsvolles entstanden ist.

Natürlich sehen wir auch die Abhängigkeit der kommunistischen Parteien in allen Ländern von der 3. Internationale, von Rußland, und wir fragen, warum alle russischen Kellen und Ausschweifungen (Gonimono, Bauerntänze, Neujahr usw.) sich auch in der SPD auswirken müssen. Diese Folgen sind für die Tagespolitik unabweisbar wichtig.

Das reiche Material, das Schröder — in jahrelanger Arbeit zusammengeheftet — mit den Kursteilnehmern durcharbeitete, wird für die sächsischen Parteioptionen für lange Zeit reicher Diskussionsstoff sein. Wert durch die Kenntnis dieses Materials besteht vor allem in der Tatsache, daß es die Auswirkungen dieser Politik auf die kommunistischen Parteien der andern Länder — deren größte die deutsche KP ist.

Diesem überaus aktuellen achtstägigen Kursus folgte dann Max Adler (Wien) mit der Behandlung marxistischer Probleme. Viele der hier behandelten Fragen sind von Adler schon ausführlich im Klassenkampf dargestellt worden. Außerdem ist dieser Theoretiker des Marxismus den sächsischen Parteioptionen durch seine Vorträge in vielen sächsischen Städten bekannt. In diesen acht Tagen wurde aber, und darin lag der besondere Wert der Adlerschen Darlegungen, in grundsätzlicher und gründlicher Arbeit die Linie der sozialistischen Politik, wie sie sein mußte, herausgeholt: Wie stehen wir zum „Staat“ — der obersten Organisationsform der herrschenden bürgerlichen Gesellschaft? Wie stehen wir zu dem sogenannten Völkerverbund, der in Wahrheit ein Bund der Regierenden ist, die den Willen ihrer Herrschenden ausüben? Was hat es mit der formalen Demokratie auf sich?

Was Adler zu allen diesen wichtigen Fragen ausführte, zeigte zugleich, wie richtig die grundsätzliche Politik der sächsischen Sozialdemokratie und wie bedauerlich andererseits so manches von dem ist, was wir in der offiziellen sozialdemokratischen Reichspolitik erleben (und worin die Haltung in der Panzerkreuzer-Frage ja nur sinnfälliger Ausdruck ist).

Die 14 Tage Schandau sind für die etwa 50 Kursteilnehmer von einer Bedeutung gewesen, die man nicht überschätzen kann.

Was die Hörer hier in 14 Tagen durchgearbeitet haben, werden sie weiter verfolgen und — darauf kommt es an — in den Partei- und Funktionärversammlungen der Organisation so verbreiten, daß die Organisation, daß alle Mitglieder davon profitieren.

Schandau war ein Anfang, für den der veranstaltenden sächsischen Sozialdemokratie Dank gebührt. Die Fortsetzung vieler Art Bildungsarbeit liegt im Interesse der Partei, im Interesse der sozialistischen Bewegung, der die Zukunft gehört.

(33) Plan einer Sozialistischen Schule in Argentinien. In einer Versammlung der Frauenzentrale der Sozialistischen Partei Argentiniens, die am 5. Mai stattfand, wurde der Plan der Organisation einer Schule für soziale Studien angenommen.

Der Zweck dieser Schule soll die Ausbildung sozialistischer Redner und Propagandisten sein. Es werden Kurse über geschichtliche, naturwissenschaftliche und soziologische Fragen und Probleme der Kunstkritik stattfinden. Die Schule soll für geringes Schulgeld Männern und Frauen offenstehen, aber nicht mehr als 30 ordentliche Studenten zugelassen werden; doch können noch mehr Interessierte als Hörer teilnehmen. Nach Auswahl und gründlichem Studium einer Frage wird der Lehrer einen Studenten auswählen, der eine Klasse zu führen oder in einer sozialistischen Parteiverammlung über das Thema in Anwesenheit des Professors zu referieren hat, worauf er vom Professor kritisiert wird. Bei der Tätigkeit dieser Schule, zu deren Organisation und Leitung das Sozialistische Frauenzentrum ein fünfstelliges Komitee ernannte, werden die Gewerkschaften, Arbeiterzentren, Arbeiterbibliotheken und andere ähnliche Organisationen mitwirken.

## Bücherchau

Kurt Alshauer, Der Sternhimmel im Feldglas. Mit vielen Abbildungen im Text, 16 Tafeln, 6 Sternkarten und einer Skizze der Mondoberfläche. Heftig & Becker Verlag, Leipzig 1928.

Ein recht anschaulich geschriebenes Buch für Freunde der Sternkunde und besonders über die Benutzung des heute fast jedermann zugänglichen Feldglases (Feldstechers) bei Betrachtung kosmischer Erscheinungen. Wer sich für diese interessiert, hat an der Schrift des praktischen Astronomen Alshauer, des Leiters des Dresdener Planetariums, einen guten Berater, auch in der eigenen Ausrüstung optischer Hilfsmittel. Nur möchten wir nicht, daß sich die Leser des Buches die sozialphilosophischen Schmerzen des Verfassers zu eigen machen, der einleitend die Auffassung vertritt, daß es „vielleicht nichts gibt, was geeigneter wäre, uns von der Allgütigkeit mit ihrer so aufreibenden Daseinstämpfer abzulernen und hinaufzuführen in reinere Sphären, als die Betrachtung jener stillen Welt der Sterne mit dem Fernrohr in die Unendlichkeit“.

Das ist eine Philosophie der Flucht aus der Wirklichkeit, die abseits marxistischer Erkenntnis steht, abseits der Notwendigkeiten des Klassenkampfes. Alshauer nähert sich hier bedenklich dem „Arbeiterastronomie“ Witzel, der bekanntlich vom Klassenkampf überhaupt nichts wissen will. Vielleicht wäre es den Astronomen vom Fach nützlich, sich gelegentlich auch etwas mit sozialen Problemen zu beschäftigen, dann könnte ihre Wissenschaft auch für deren Lösung hilfreich sein. Statt wie jetzt so oft eine westabgewandte neigen zu werden.

Arbeiterjahrbuch 1929. In den nächsten Tagen erscheint im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung unter der Leitung von Joseph Luitpold das umfangreiche, schön ausgestattete Arbeiterjahrbuch für 1929. Man kann diesen überreichen Arbeiterkalender ein vorbildliches sozialistisches Kulturbuch nennen. Gedankenvolle und zugleich volkstümliche wissenschaftliche Beiträge (Ernst Fischer, Emma Brundlich, Luise Kautsky, Otto Koenig, Otto Reichler) und glatte soziale Dichtungen von O. M. Fontana, C. V. Hiesgen, A. Gergely, A. Hernandez-Cala, D. Neurath, B. Koenig, M. Kuffak und P. Jech geben dieses Jahrbuch auf außerordentliche Höhe. Dazu treten noch meisterhafte Wiedergaben von zwanzig neuen arabischen Blättern von Franz Malfrey, Ferdinand Veschon, Otto Rudolf Schah und Georg Philipp Woerlen. Briefe von Marx, Bebel, Lenin und Trotski erwecken besonderes Interesse. Das Jahrbuch ist auch drucktechnisch hervorragend und legt Zeugnis ab von der Kulturkraft der österreichischen Arbeiterbewegung.

Nicht der Trümer und Grübler, sondern der tatkräftige Mensch kennt sich selber am besten; denn nur durch sein Tun gelangt er dazu, die seine Fähigkeiten zu erproben.

Karl Kautsky: Die materialistische Geschichtsauffassung. I. 113.

weigerung einer dieser Intensivierung entsprechenden Verlängerung der Arbeitszeit.

3. Gefahr: Relativer Lohnabbau durch einseitige Inanspruchnahme der Rationalisierungserfolge durch die Unternehmer.

4. Gefahr: Zunehmende Entleerung der Arbeit durch eine auf die Spitze getriebene Arbeitsteilung.

5. Gefahr: Wirtschaftliche Schädigung infolge mährändischer Anwendung von physikalischen oder physikalischen Eigenschaften.

Diese Gefahren abzuwehren, muß jetzt die größte Aufgabe der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände an der Seite der Arbeiterorganisationen sein. Die Forderungen, die zur Abwendung der Schäden der Rationalisierung dienen, liegen auf sozialpolitischem Gebiete, auf dem Gebiete der Arbeits- und Wirtschaftsverfassung und auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik. Hier fordern die freien Angestellten:

1. Öffentliche Arbeitsvermittlung und staatliche Arbeitslosenversicherung unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten an der Verwaltung.

2. Bei Monopolbildungen infolge der Rationalisierung ausreichende Abfindung der arbeitslos werdenden Angestellten (und Arbeiter).

3. Mitwirkung gelehrter Betriebsberatern an der Auswahl der zur Entlassung kommenden Angestellten (hierbei Berücksichtigung sozialer Momente).

4. Gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der besonders von der Entlassung bedrohten älteren Angestellten.

5. Staatliche Maßnahmen zur Umkehrung der durch Rationalisierungsmaßnahmen erwerbslos gewordenen Angestellten.

6. Gesetzliche Sicherung des Achtstundentages, der Sonntagsruhe, sowie von ausreichenden, bezahlten Ferien, weitergehende Verkürzung des gesetzlich zulässigen Maximalarbeitsstages bei fortwährender Rationalisierung.

7. Ausbau der öffentlichen Arbeitsaufsicht.

8. Förderung der sozialen Hygiene.

9. Herabsetzung der Altersgrenze in der Altersversicherung.

10. Ausbau der Unfallversicherung, Einbeziehung von Berufskrankheiten.

Auf dem Gebiete der Arbeits- und Wirtschaftsverfassung wird gefordert: Ausbau des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer im Einzelbetrieb und in der Gesamtwirtschaft durch:

a) Sicherung und Vergrößerung des Einflusses der gewerkschaftlichen Betriebsvertretungen auf die Betriebsführung

b) Mitwirkung der Gewerkschaften und der Tarif- und arbeits-

parender Produktionsmethoden und an der Durchführung der Berufsberatung und der Berufsauslese mittels physikalischer und psychotechnischer Eignungsprüfungen. Ablehnung jeder Vornahme von Eignungsprüfungen an im Betriebe beschäftigten Angestellten.

c) Staatliche Kontrolle monopolistischer Unternehmungen und Unternehmungsformen unter Beteiligung der Gewerkschaften.

Zur Wirtschaftspolitik wird verlangt:

1. Staatliche Pflege und Förderung der Arbeits- und Betriebswissenschaft unter Mitwirkung der Gewerkschaften. Gründung arbeits- und betriebswissenschaftlicher Institute an den Hochschulen.

2. Beseitigung hemmender Schranken, die einer gesunden Arbeitsstellung und dem freien Gütertausch in der Weltwirtschaft entgegenstehen (im Sinne der Forderungen der Genfer Weltwirtschaftskonferenz).

Nach der Begründung dieser Forderungen fährt der Genosse Schweiker weiter fort und sagt: Selbst aber dann, wenn diese Forderungen, die wir mit aller Kraft durchsetzen werden, erreicht sind, bleibt der Klassenkampf, bleibt der Kampf um den Anteil am Produktionsertrage. Keinesfalls dürfen die hier gestellten Aufgaben unter aller gemeinsamen, hohes Ziel in den Hintergrund drängen, den Sozialismus. Der Kampf um das Endziel, die Verwirklichung der Produktionsmittel, wird die Menschheit befreien aus kapitalistischer Knechtschaft und den Weg zum Aufstieg der Menschheit freimachen.

Die Diskussion erbrachte einige nicht besonders wesentliche Änderungsproposale.

Die Resolutionen werden mit unwesentlichen Veränderungen einstimmig angenommen. Hierauf finden die Wahlen des Vorstandes statt. Es werden einstimmig gewählt: Urban als Präsident, als Vorstandsmitglieder: Schweiker, Deutschland (Lehmiter); Buschmann, Deutschland (Wertmiller); Ronon, Deutschland (Handels- und Bureauangestellte); Klinka, Dösterreich (Bankangestellte); Brodzner, Dösterreich (Verrechnungsangestellte); Jones, England (Handlungsgehilfen); Paccosta, Tschechoslowakei (Geschäftsreisende). Zum internationalen Sekretär wird der Genosse Smil, Amsterdam, wiedergewählt.

Die Gewerkschaft der australischen Hafenarbeiter beschloß mit 17 gegen 22 Stimmen, ihre Mitglieder zur sofortigen Wiederarbeit in die Arbeit in allen Häfen aufzufordern, und zwar zu den Bedingungen des Schiedsspruchs.

## Tarifvertrag und Lohnabkommen für die sächsische Metallindustrie allgemein verbindlich erklärt

Lauf Zeitschrift vom 11. September hat das Reichsarbeitsministerium dem Antrag der beteiligten Gewerkschaften entsprochen und den Tarifvertrag nebst Lohnabkommen für die sächsische Metallindustrie mit Wirkung ab 1. August 1928 für allgemeinerbindlich erklärt.

Diese Entscheidung hat Wirkung für das Gebiet des Freistaates Sachsen mit Ausnahme der Reichshauptmannschaft Leipzig ohne Amtshauptmannschaft Rochlitz. Ausgenommen ist ferner die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Hiernach sind die genannten Verträge mit Ausnahme der Schlichtungsbestimmungen auch für nichtorganisierte Betriebe der Metallindustrie dieses räumlichen Geltungsbereiches bindend.

## Achtung, Bauhandwerker!

Die Sperre über den Betrieb der Firma Karl Weidner-Adolf Heym Koch, wird hiermit aufgehoben, nachdem die Firma Weidner die bei ihr beschäftigten Streikbrecher, den Stellmacher Kurt Haupt und die Zimmerleute Koch und Artur Weier, sofort entlassen und sich schriftlich und ehrenwärtlich verpflichtet hat, diese nicht wieder im Parteitumgewerbe zu beschäftigen.

Verwaltungsstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbands.



Theodor Fontane

Zu seinem dreißigsten Todestag. Von Hermann Wendel.

Ich betrachte das Leben wie ein Theaterstück und folge jeder Szene mit einem künstlerischen Interesse wie von meinem Parkettplatz Nr. 23 aus.

Fontane.

Durch Jahr und Tag galt Theodor Fontane, der wie Ibsen erst in einer Apotheke Willen gedreht hatte, ehe er zur Literatur vorrückte, nur als Balladendichter. In den fünfziger Jahren, da er als Korrespondent für Berliner Blätter in London sein Brot fand, lernte er englische und schottische Stoffe meistern, aber bald griff dieser Märker, der am 30. Dezember 1819 in Neu-Ruppin geboren war, mit sicherem Blick auch in die brandenburgische, die preussische Geschichte. In poetischer Vertiefung wie sonst nur in Menzels Bildern erstand das friderizianische Preußen, in Strophen ohne Bombast und Aufplusterei, kurz und knapp wie Präsentiergriff und Trommelwirbel:

Joachim Hans von Zieten,
Fuldaer General,
Dem Feind die Stirne bieten.
Er tat's wohl hundertmal,
Sie haben's all erfahren,
Wie er die Feste wusch,
Mit seinen Leibhütern
Der Zieten aus dem Busch.

Als wieder 1861, 1866, 1870 die Preußenfahnen zum Sieg flogen, kränzte Fontanes Ruhm sie in schlichten Versen, neben denen die schmetternde Bliesmusik der anderen Kriegsdarben mühsam quillte, mit frischem Lorbeer. Dabei war es eine feine, fast satirische Ironie, daß dieser edelste Sänger des echten Preußenhums als Jugenotienproph von väterlicher wie mütterlicher Seite Franzosenblut in den Adern hatte. Aber niemand dankte ihm, daß er einen Strahl ewiger Schönheit in die nüchternen Kasernen Preußen fallen ließ, und er erntete auch wenig Lob dafür, daß er in den "Wanderungen durch die Mark Brandenburg" die sorgenreiche seiner engeren Heimat, Kartoffelfelder, Seen und Kiefernbeständen, als erster zärtlich ans Licht hob. All seine Tage kam er über die Sorge um den nackten Lebensunterhalt nicht hinaus; ein Jahrzehnt frondete er als Redakteur des englischen Teils in der Kreuzzeitung, wie er nachher unverdroffen als Theaterreferent in der Börsigen Zeitung scharfwerkte, und Bilanz eines von Arbeit erfüllten Lebens, dem nie der verdiente Erfolg blühte, war die bittere Selbsterkenntnis:

Entlagen und lächelnd bei Demütigungen,
Das ist die Kunst, die mir gelungen.

Aber wenn er gelegentlich als publizistischer Tagelöhner mit dem Staat Preußen als Brotgeber zu tun hatte, schon der sonst zurückhaltende doch Gift und Galle gegen die „poplige Unteroffizierswirtschaft“ der Verwaltung.

Schon an der Schwelle des siebenten Jahrzehnts stand Fontane, als er 1878 die Welt mit einem großen historischen Roman aus dem Jahre 1813, „Vor dem Sturm“, überraschte. Fontane folgte, als seien neue innere Quellen in dem Dichter aufgebrochen, Roman auf Roman, „Abdullera“, „Cécile“, „Irrungen, Wirrungen“, „Frau Jenny Treibel“, „Effi Briest“, „Der Stechlin“ und andere, deren Summe ihren Verfasser zum ersten deutschen Erzähler des neunzehnten Jahrhunderts nach Gottfried Keller machte. Der Fridericus-Rex-Mann kam seinen Lesern hier von einer ganz anderen Seite, da er in die moderne Gesellschaft und ihre Probleme hineinkuckte. Sein gedrängter, sparsamer, fast satirischer Stil, sein ganz ungründlicher und pathetischer Ton waren Werkzeuge eines Realismus, der das Leben wiedergab, wie es sich abspielte; mit Recht vermerkte Fontane: „Dichter sein heißt, das Triviale wieder in seine ursprüngliche Schönheit einsehen.“ Die Welt, die die meisten und besten dieser Werke makten, war von Verdrängung und Drostentrollen harmlos durchstrahlt, das Berlin der fünfziger und achtziger Jahre, ein anderes Berlin als die Vier-Millionen-Stadt von heute, in dem schöne Frauen an einem Kanopas stidten, Kaiser in Samtjacket umherliefen, Leutnants an einem kurzen Seidenband ein „Bincenz“ hängen hatten, Majore „abstehende“, englisch geträufelte Badenbärte“ trugen und die kühnsten Neuerer „Belosjapet“ fuhren. Atemtaubende Handlung schloß diesen Romanen, und ihre Konflikte lösten sich vielleicht tragisch, doch kaum dramatisch. Oft kam es weniger auf das an, was die Personen dieser Erzählungen taten als auf das, was sie redeten, und stets redeten sie, auch wenn sie

tief in der Berliner Mundart stehend, „der Gas“ sagten, fontanisch. Die wichtigste Rolle aber spielen in jedem der Bücher als Stathalter Fontanes „Menschen, die Menschliches menschlich ansehen“. Denn der größte Reiz dieser Romane ist die Weltanschauung, die sie wie ein behaglich staderndes Kaminfeuer durchwärmt. Die Erfahrungen des Lebens hatten den geborenen Optimisten die etwas wehmütige Kunst des Verzichtes gelehrt. — „Ist nicht auch Resignation ein Sieg?“ — Aber wenn er die Dinge nur aus dem Parkett betrachtete, statt in Herdbärmeln auf die Bühne zu stürzen und sich dort herumzubalgen, so lag das auch daran, daß das Blut in den Adern der Klasse, der er entstammte, nur noch sehr dünn floß; das deutsche Bürgertum war, statt zu handeln, zum Zuschauer seiner eignen Geschichte geworden. Eine blasse Mädelphilosophie verkündete durch den Mund Fontanes:

Erscheint dir etwas unerhört,
Bist du tiefsten Herzens empört,
Räume nicht auf, verfuß's nicht mit Streit,
Berühr es nicht, überlaß es der Zeit! ...
Alles ist wichtig nur auf Stunden.

Aber bei aller Ergebung in das Unvermeidliche suchte der Dichter doch der neuen Zeit den Weg zu bereiten, deren Sinn er, stets jünger statt älter werdend, besser begriff als die meisten seiner Generation. In altpreussischer Staatsauffassung wurzelnd, schwärmte er lange für die Freiheit nur insoweit, als sie kein „Barrikadenkind“ war, und sein Herz hing, ab er auch jeder Reaktionswirtschaft widerstrebte, rein mechanisch an den wärtischen Anker; er war wirklich der Mann der Jagow und Lohow, der Strow und Bredow, der Quishow und Rosow. Aber je unbehaglicher ihn der schellenteuere Eigendünkel des bismärkischen Regimes annutete, desto demokratischer lernte der Unverkaffte fühlen und denken. Das moderne Preußen erschien ihm als Karikatur; die neuen Deutschen mit ihrem chauvinistischen Gehirne fielen ihm auf die Nerven, und über Bismarcks Größe machte er sich zuweilen keine eigenen Gedanken. Im „Stechlin“, dem reifsten Weisheitswerk Fontanes, in dem sich wie in seinem ganzen Wesen Güte und Steifheit wunderbar mischten, hebt der Held der Gedanken des Dichters hervor, daß die alten Familien des Grundbesitzes nicht mehr die Säule seien, die das Ganze trägt, sondern nur noch „das alte Stein- und Moesdach, das wohl noch laftet und drückt, aber gegen Anwetter nicht mehr schützen kann“. Demokratische Weltanschauung verkündet: „Eine neue Zeit bricht an. Ich glaube, eine bessere und eine glücklichere. Aber wenn auch nicht eine glücklichere, so doch mindestens eine Zeit mit mehr Sauerstoff in der Luft, eine Zeit, in der wir besser atmen können. Und je freier man atmet, je mehr lebt man.“

Wie Fontane jüngerhaft den verjüngten Stürmern und Drängern, die in den achtziger Jahren die „Revolution in der Literatur“ machten, die Stange hielt, so lebte er sich aber auch in das Verständnis für die Arbeiterbewegung hinein. In der Rede der „Irrungen, Wirrungen“ zeichnet er mit sicheren Strichen eine Arbeiterin, eine Berliner Weisheitsweiserin, ein unerborenes, aufrechtes Proletariatkind von, wie Joseph Stillingen sagt, „einer Reinheit und Klarheit des Empfindens, die sie hoch über den Durchschnitt der Mädchen aus den bestehenden Klassen mit ihrer häufig nur anatomisch vorhandenen Jungfräulichkeit emporhebt“. Der in Zeiten materieller Bedrängnis daran gedacht hatte, seiner Ansehungslosigkeit zuhause als Handarbeiter sein Brot zu verdienen, stand auch schon im Jahre 1878, als rügend die Heher zum Sozialisteneck lobten, daß Millionen von Arbeitern gerade so gehet, so gehet, so ehrenhaft seien wie Adel und Bürgertum: „Wiesach sind sie ihnen überlegen“; ingrimmig bekannte er 1891: „Ich hoffe das Vorzeigebild mit einer Leidenschaft, als ob ich ein einschüchternes Sozialdemokrat wäre. Er ist ein Schafkopf, aber sein Vater hat ein Elkhous, mit dieser Bewunderungsform kann ich nicht mehr mit.“ Und der Sechsigjährige nach schrie sich die Erkenntnis vom Herzen:

„Der Bourgeois ist fürchtbar, und Adel und Klerus sind altbacken, immer wieder dasselbe. Die neue, bessere Welt fängt erst beim vierten Stande an. Man würde das sagen können, auch wenn es sich bloß erst um Bestrebungen, um Anläufe handelte. So liegt es aber nicht. Das, was die Arbeiter denken, sprechen, schreiben, hat das Denken, Sprechen, Schreiben der altgerendeten Klassen tatsächlich überholt. Alles ist viel echter, wahrer, lebensvoller. Sie, die Arbeiter, packen alles neu an, haben nicht bloß neue Ziele, sondern auch neue Wege.“

Mit dieser Überzeugung freilich paßte er so wenig wie mit der altpreussischen Schlichtheit und Ehrlichkeit seiner Art in die Zeit des wilhelminischen Traras. Mit verwunderten Blicken streiften die schnarrenden Apostel des: Macht geht vor Recht! den alten Herrn, der den Militarismus ebenso schroff ablehnte wie Flottenjäger

und Kolonialtrummel, der die altfränkische Ansicht verfocht, daß für den Staat keine andere Moral gelte wie für den Privatmann, und „den Zusammenbruch der ganzen 1864 bis 1870 aufgebauten Herrschaft“ in den Kreis seiner Befürchtungen zog. Am 20. September 1898 starb Theodor Fontane; genau amantig Jahre später kam der Zusammenbruch, den dieser lauteste Patriot mit steigender Sorge vorausgesehen hatte.

Kleine Chronik

Marionetten-Theater im Grassimuseum. Professor Kollmann, eine Kapazität von europäischem Ruf auf dem Gebiete des Puppenspiels, hat seine berühmte Sammlung aus allen Sparten des Puppenspiels dem Leipziger Grassimuseum überwiesen. Nach den Stifungsbestimmungen wird die kulturhistorisch sehr wertvolle Sammlung nicht totales Museumsgut sein, sondern in regelmäßigen öffentlichen Veranstaltungen lebendig wirken. Wenn es uns auch fraglich erscheint, ob das Puppentheater wieder Haustheater werden kann wie in früheren Zeiten, so ist es doch trotz Kino, Grammophon und Radio auch heute noch nicht ohne Reiz auf den Zuschauer, vor allem für die Kinder. Zumal es im Wesen des Puppentheaters liegt, sich literarisch und bildhaft an älteres, schon halbvergessenes, oft nur noch in der mündlichen Ueberlieferung fortgeplantes Kulturgut zu halten. Die Vorstellungen, die in Verbindung mit einem privaten Verein (dessen Mitglied man nicht zu sein braucht) gegeben werden, finden regelmäßig Sonnabends 16 Uhr statt. Die statigefundene erste Vorstellung, von Kollmanns langjährigem Puppenpieler Grube ganz allein bestritten, brachte das alte Volksstück vom „Dr. Johann Kautl“, wie es im ausgehenden Mittelalter lange vor Goethes dichterischer Fassung aufkam, in halber, hölzernhaft fertiger Weise zur Aufführung. Es bleibt vorläufig noch auf dem Spielplan.

Neues Theater. Als erste musikalische und szenische Neuentdeckung dieser Spielzeit geht Sonnabend, den 22. September, Mozarts „Don Juan“ (in der Hermann Leischns Bearbeitung) in Szene. In dieser Aufführung wirken Karl August Neumann (Don Juan), Ernst Osterkamp (Comtur), Hanna Cleve (Donna Anna), Paul Weitzer (Octavio), Maria Zanonka (Donna Elvira), Adolf Vogel (Leporello), Alfred Holländer (Masetto) und Ilse Kozel (Zerline) mit. Musikalische Leitung: Gustav Brecher, Spielleitung: Heinz Hofmann. Die Vorstellung findet außer Anrecht statt und beginnt 10 1/2 Uhr.

Ein neuer Band des Propyläen-Goethe. Die umfassende Monumental-Ausgabe von Goethes sämtlichen Werken, die der Propyläen-Verlag herausgibt, wird demnächst um einen neuen Band, den neununddreißigsten, vermehrt. Er umfasst, der chronologischen Anlage der Ausgabe entsprechend, die Gedichte, Prosaschriften, Briefe und Tagebücher der Jahre 1826 und 1827 und soll Ende dieses Monats erscheinen.

Tollstolze in Moskau. Zur Feier des 100. Geburtstages Tolstois fand im Großen Theater im Beisein der Familie Tolstois eine große Feier statt, die von Volkskommissar Lunatscharski mit einem großen Vortrag über Tolstoi und die Revolution eingeleitet wurde. Nach weiteren Vorträgen ergriffen verschiedene ausländische Gäste das Wort zu Begrüßungsansprachen, darunter Stefan Zweig und der amerikanische Professor Harry Dana.

Tollstol-Denkmal in Jasnaja Poljana. Wie aus Moskau gemeldet wird, wurde in Jasnaja Poljana ein Tolstoi-Denkmal eingeweiht. An der Feier nahmen Vertreter der Regierung und ausländische Gäste teil.

Leipziger Filmchau

In Hoheit infognito wird uns von tausendsten Male das Märchen vom russischen Gardeleutnant aufgetischt. Wie er — der selbstverständlich Drösch heißt — sich in die geleierete Längerin verliebt, sich um sie mit seinem großfürstlichen Onkel danebenbuhlen muß. Niveau des Offiziersdiners und des Schlafzimmers. Persönliche Geschichten, die wir nicht mehr sehen wollen. (Königsparillan.)

Gloria Swanson ist in „... aber das Fleisch ist schwach“ ein abenteuerndes Mädchen, zwischen San Francisco, Hawaii und Australien unterwegs, um aus dem Verfehr mit Märdern ihren Lebensunterhalt zu finden. Sie fällt dabei einem Missionar in die Hände, der sie mit allen Schikanen „bekehrt“, dabei aber selbst fällt, alldiemeil kein Fleisch schwach ist. Das könnte eine herrliche Satire auf das Rudertum gewisser Christen abgeben, wenn die Amerikaner nicht ihre dicke Moralsche darübergößen. Der widerliche Tattüß wird mittels Selbstmord wieder honorig für die gute Gesellschaft, und des wandernde Freudenmädchen heiratet einen Soldaten. Schade. (Colosseum.)

Soldat Suhren

54 | Roman von Georg von der Bring

Copyright 1927 by J. M. Spoth, Verlag, Berlin

Wo? Alle wollen es sehen, reden die Hälse und nehmen den Namen Schwertfeger wie Zucker zwischen die Lippen. Eine Leuchtugel fährt auf und erhellt die Gesichter und die Hinterwand des Grabens. Eine irte Begeisterung ist in allen Augen. Lurchebams Brille flamm und er schreit:

„Meine Mühle — deine Mühle! Das ist keine Deiwel!“

„Ich habe den wirren Gedanken, daß es geistreich ist von Schwertfeger. Ist er nicht ein Mann, der Bauernmalerei liebt?“

„Hall, es ist jemand da, der die Haden zusammenschlägt und mit Sötel spricht. Wir erkennen Meyer, den Backlinwelehrer, jetzt Ordnungszug bei Leutnant Brause. Er bringt die Parole.“

„Sötel Neues?“ fragt der Sergeant freundlich; denn eine Offiziersordnungszug ist beinahe ein rohes Ei.

Der Meyer meldet, daß Leutnant Schwertfeger gefallen ist.

Der das Goldwasser —?“ vermutet Sötel.

Alle schweigen. Eisen berichtigt sich und sagt:

„Dann hat eben ein anderer das Feuer geleitet.“

„Ganz bestimmt“, pflichteten wir bei.

„Denn getroffen war wir“, leht er hinzu.

„War gut“, wiederholen wir.

Wichtig fahren alle zusammen. Ein Schuß ist gefallen.

„Abering hat geschossen.“

„Sind Sie verrückt!“ schreit der Sergeant. „Zu schießen, wenn eine Patrouille im Vorgelände ist!“

„Abering antwortet ruhig:

„Ich schick nach oben, da schwebte was,“ und läßt wieder.

Die Patronenhülse klingelt zwischen unsere Köpfe. Sötel sagt unjüchlich verachtungsvoll:

„Das war doch ein gan — gewöhnlicher — Baumast.“

3.

Der Hummelfeher.

Selter ist mir zumute, ich strecke meine Glieder, habe gut und traumlos geschlafen in diesem neuen Unterhand. Eine laubere Wohnung haben wir drei Kannibalen, und eigenhändig gebaut. Zwei Nächte wurde daran gearbeitet und loben der Probedienst beendigt. Mit Hahn war es nämlich unmöglich, zu Hause — einmal

wollte er an der Wand liegen, weil er dort seine Sachen besser aufhängen könne, das andere Mal begehrt er wieder auf den Mittelplatz zurück, weil ihm Sand in sein Speckpatt gefallen sei, endlich schien ihm irgendein Gestirn ins Gesicht, so daß seine Füße neben unseren Käfen liegen mußte. So räumten wir das Feld.

Drei Mann sah unser Unterhand, Abering, Akees und ich; wir machten ihn absichtlich nicht größer, weil wir allein bleiben wollten. Ein schönes vierseitiges Kriechloch hat er, durch das man ein Stück der senkrechten Grabenwand beobachten kann, ein Stück der russischen Erde, über die wir marschieren sind, eine Wunde, die man ihr gestochen hat, ein sauberer Querschnitt von ihr. Unten über den Boden läuft eine weißliche Schlacht Kalk, über dieser ein Sandstreifen, gelblich glühend in der Sonne und mit Steinchen vermischt. Man verliert, in dieser hellen Fläche Figuren zu sehen — aber umsonst, sie dehnt sich gleichmäßig in der Sonne, von ihr überflimmert und in ihren Schichten fortwährend vermischt und verändert. Abering ist wach, er hat bereits gefräßt und räumt Brot und Marmeladentopf in die finstere Ede. Ich frage:

„Hast du gut geschlafen?“

„Ja“, macht er lachend.

„Und geträumt?“

„Auch das.“

„So geht es in Erfüllung.“

„Das verhilte der Himmel!“ lacht mein Kamerad. „Ich träumte von Toilette. Das ist an sich nicht schlecht, ich kann mir sogar nichts Besseres wünschen. Aber — in Erfüllung kann das nicht gehen, Suhren. Sie war nämlich mit mir auf dem Kahn meines Vaters. Sie ist ja schlant, verstehtst du, die Toilette. Aber plötzlich träumte ich, daß sie sich in den Mast verwandelt, schön rund wie ein einziges Weiberbein und hell wie Haut. Ich träume mitunter so, manchmal ist sie auch eine Tulpe, riesengroß, manchmal ein Fisch.“

Er schweigt und spielt mit seinem großen Taschenmesser. Nach einer Weile sage ich:

„Siehst du auch Figuren im Wachen?“ — Als Kinder sahen wir immer Figuren. Ich war einmal auf Besuch bei meinen beiden Freunden auf dem Lande, es war Sommer, und wir Kinder mußten um 9 Uhr in die Kammer. Da wir aber noch gar nicht müde waren, setzten wir uns auf die Fensterbänke und versuchten in den Baumstümpfen Figuren zu sehen. Ich erinnere mich an eine riesige Eiche, der Himmel dahinter war noch hell und schien an manchen Stellen durch ihre Zweige. Einmal bildeten diese einen

Hirsch, einmal eine Fledermaus, wir sahen es alle drei. Eines Abends aber erkannten wir Bismard, und sogar mit Pfeife.“

Mein Kamerad entgegnet:

„Als ich ein Junge war und noch sehr klein, durfte ich manchmal mit dem Vater auf den Kahn. Ich weiß nichts mehr aus dieser Zeit, nur daß wir immer hinter dem Walde von Schiff ankernten, und meines Vaters Pfeife senkrecht über meinem Kopfe hing. Es war Abend, die Sonne stand wohl tief, und ich sah, daß sich die Schiffshalme hin und her beugten. Es war dann Schatten da, und diese Schatten ängstigten mich immer. Sie sprangen wie toll an den Halmen auf und ab wie kleine Mäuse oder Wasserfische. Ich erschrak und hob meine Augen nach der Pfeife meines Vaters empor, die wie eine Glocke über mir hing, regungslos und ganz schwarz. Dann wird es dunkel, und plötzlich springt ein Fisch über die Wasserfläche nach einer — uhd dann ist meine Furcht vorbei, trotz der Dunkelheit, die niedersinkt.“

Nach einer Weile fährt er fort:

„Mein Vater ist ein guter Mann, er gehört zu einer Sekte, die unter den Fischern verbreitet ist. Er ist so blond, daß man es nicht merken wird, wenn er einmal graues Haar bekommt. Als Junge war ich wild und jähsornig, und er ermahnte mich oft, mich zu händigen. Wenn ich die Fische ausnahm, hatte ich mit meinem Messer wie ein Befehlener zu und schleuderte in meiner Wut das Ausgeschüttene über Bord. Mein Vater aber wurde brummig, so sehr er konnte, und er konnte nicht sehr. Er sagte: Wir fangen nicht mehr Fische; als wir brauchen, um zu leben. Wir nehmen ihnen das Leben, aus mit Schmerzen, schnell, und ohne zuviel zu schneiden. Das Ausgenommen aber kommt an Land, man verdirbt es vor den Fischen, um sie nicht zu verwirren. — So sagte er auf Platt, und einen Augenblick lang schämte ich mich, aber nicht länger.“

Akees, der erwacht ist, erzählt:

Als Knabe hatte ich einen Freund, der war grausam. Eines Tages spielen wir in den Anlagen bei der Kirche, da schlägt er eine Hummel tot und zerlegt sie. Sodann zieht er mit einer Nadel die Honigblase heraus, die er aufsticht. Jeden Nachmittag tat er es, und immer wung er mich mitsprechen und ihm zuzusehen.“

Und er fügt wie ein alter erfahrener Lehrer hinzu:

„Es gibt nichts Grausameres als Knaben.“

(Fortsetzung folgt.)





Vom Mietrecht

Von A. Freymuth, Senatpräsident am Kammergericht i. N.

Maus aus dem Frack!

Von Ernst Morik Häufig.

Wir haben die Uniform ausgezogen, aber wir haben den Frack anbehalten. Und neben ihm behaupten sich seine satopperen, aber immer noch recht verdächtigen Kameraden: Der Smoking, der Cut-away und gar der Gehrock. Alle großen Handlungen des Lebens vollziehen sich bei den Männern im Frack oder frackähnlichen Bekleidungen. Und nirgends wird so viel gelogen wie bei großen Gelegenheiten. Nirgends wird so viel gelogen wie im Zylinder und Frack.

Wie wäre es, wenn man für Männer eine neue Mode brächte und ihnen den Frack ausjage! Vielleicht, — aber das scheint manchen utopisch! — werden dann auch der Kragen und die Kragenköpfe, jene Geißeln der empfindenden Mannheit, verschwinden. (Nicht umsonst hat Wischer so sehr unter der Tüde des Objekts gelitten!) Der Mann, der allmählich hinter der Frau zurückzubleiben scheint, hat keine Aussicht, sich von seinen Fesseln zu befreien, — ehe er sich nicht in das Gewand steckt, das es ihm möglich macht, nicht bloß von der Leber weg, sondern auch vom Herzen her zu reden. Fort mit dem Frack also! Ich weiß, daß es noch nicht die Lüge meiden bedeutet, wenn man das Kleid auszieht, in dem so viel gelogen wird. Aber selbst wenn man glaubt, daß auch im Schillertragen Vereinnordnen und Tönte, also Lügen, gesprochen werden, — und dieser Glaube ist ja leider nur allzu berechtigt, — dann sollte man doch nicht zögern, Frack und weiße Binde, Hemdbrust und Smoking und alles, was zur Welt dieser steifen Ungeheuer gehört, in der Verjüngung verschwinden zu lassen. Denn alle diese Bekleidungsarten bedeuten für das unterbildete Empfinden die Kapitulation des Mannes zugunsten des „Herrn“. Wir wollen keine Herren, wir wollen Männer! Nieder mit dem Frack! Um die Menschlichkeit und die Männlichkeit zu erreichen, gilt es, selbst das Kleid des Gespenstes, das sich „Herr“ tituliert, auszuziehen. Der Mensch, so kann man ein Jahr wieder berührt wordenes Wort variieren, wird frei geboren und überall läuft er im Frack herum. Der Frack ist das traurigste Gefängnis des menschlichen Leibes, das je erdacht wurde, — und es ist nichts als Selbstironie, wenn seine, des Fracks Farbe schwarz ist. Sollten nach 100 Jahren Männer leben, die die Brust nicht erst im Gefechte zu lästern gelernt haben, so werden sie mit Kopfschütteln und Verachtung auf die Zeit des Fracks und des Smoking zurückblicken. Und das Gelächter, das sich heute angesichts des Kientopps vor 20 Jahren erhebt, wird ein beschämendes Grinsen gegen das Hohlnack sein, das man über die Menschen erheben wird, die sich mit Frack, weißer Hemdbrust und Kragenköpfen das Leben und die Luft und das Licht im wörtlichsten Sinne vom Leibe gehalten haben.

Die Eheberatungsstelle gesichert

Der Rat stimmt den Richtlinien zu.

Wir haben dem Räte unrecht getan, als wir schrieben, er wolle sich nicht zur Anerkennung der von den Stadtverordneten beschlossenen Richtlinien über die Sexual- und Eheberatung bequemen. Er hat ihnen nun doch zugestimmt. Allerdings unter Zögern und nachdem er vorläufig Einspruch erhoben hatte. Die Stadtverordneten verlangen weiter, mit dem Aufbau und der Leitung der Sexual- und Eheberatungsstelle einen auf diesem Gebiete anerkannten Fachmann zu betrauen und die Stelle auszufüllen. Auch dem will der Rat entsprechen, jedoch mit der Einschränkung, sie zunächst nur nebenamtlich zu besetzen, da zur Zeit noch nicht übersehen werden könne, welchen Umfang die Tätigkeit des Leiters annehmen wird. Ist das der wirkliche und nicht nur ein vorgetriebener Grund, läßt sich darüber reden, um so eher, als der Rat den Stadtverordneten das Recht der Zustimmung nach § 83 der Gemeindeordnung bei Besetzung der Stelle zuerkennen will.

Im weiteren hatten die Stadtverordneten beschlossen, bei der Reichsregierung die Aufhebung der Abtreibungsparagraphen 218 und 219 des Strafgesetzbuchs zu beantragen. Der Rat teilt mit, daß er diesen Beschluß weiterleiten will. So weit so gut.

Aber ein klein wenig Senf muß der Rat doch noch hinzutun. Er verlangt, daß den Richtlinien der Passus eingefügt wird: „Die Beratung in der Eheberatungsstelle soll der Reinheit der Ehe und dem Aufbau der Familie dienen“. Wie das fürstbar vornehm klingt. Ein gewöhnlicher Sterblicher vermag dabei schon gar nichts mehr zu denken. Es ist aber höchstwahrscheinlich anzunehmen, daß der Rat sich wirklich etwas dabei hat denken wollen. Aber der Geist ist oft williger als die Schreibmaschine. Vielleicht erschließt sich auch diese jarte Knospe rätselhaften Sittlichkeitsstrebens noch, damit die Mitwelt erfährt, was sie birgt. Einstweilen jedoch glauben wir gut zu tun, vorläufig Einspruch zu erheben.

Der Briefumschlag ist keine Reklametafel

Wir haben vor einigen Tagen den Ufas der Reichspostdirektion glattiert, der ihr die Schaufel der Briefumschläge für Reklametafeln freihalten soll. Das macht man auch anderswo so. So z. B. in Holland. Ein Grund, es deshalb auch in Deutschland untertanenpflichtig entgegenzunehmen, ist damit jedoch nicht gegeben. Erst schien es so, als ob die Geschäftswelt es ohne Murren, wie es treuen Deutschen ziemt, hinnehmen wollte. Jetzt scheinen aber doch zumindest etliche ein Paar der Rebellion darin gefunden zu haben. Schon wird darüber mit deutscher Gründlichkeit philosophiert, ob die Post das Verfügungswort und die Verwendungsgewalt der Briefumschlagbesitzer einfach einschränken und für eigene Zweckverwendung benutzen darf. Das ist auch nichts neues. Auch das haben wir von Holland gelernt. So wie die holländische Postverwaltung der deutschen in der Verfügungsbeschränkung voranging, so folgte die Rebellion der deutschen Briefumschlagbesitzer dem Widerstand ihrer holländischen Kollegen. Die Holländer hatten Erfolg. Ein vor einiger Zeit von ihnen geführter Prozeß sprach dem Kläger Schadenersatz für die mißbräuchliche Benützung seines Eigentums durch die Postverwaltung zu. Warum sollte da nicht ein deutscher Geschäftsmann ebenfalls auf den Gedanken kommen, auf diese Weise ein Geschäft machen zu können. Wir haben hier zwar kein holländisches Recht — und keine holländischen Richter. Aber Deutschland ist ein Staat mit kapitalistischem Recht wie der holländische Staat auch. Der Briefumschlag-Ufas wird da sehr leicht als eines den Kapitalismus unterhöhlender Sozialisierungsversuch erscheinen und dann ist es um die schönsten Blütenräume des Reichspostmeisters geschehen. So kann es kommen und wenn es darauf ankommt, wird es sogar soweit kommen. Denn Recht ist doch Recht bleiben.

Allgemeines

Das Mieterschutzgesetz neuer Fassung (gültig ab 1. April 1928) ist folgenden Einschränkungen unterworfen:

a) Die Kündigung kann nicht nach Gutdünken des Vermieters erfolgen, sondern lediglich aus den Gründen, die auch die Aufhebungsklage rechtfertigen, das sind: Befristung des Vermieters — Rückstand mit mindestens einem Monatszins — dringender Eigenbedarf des Vermieters

b) Die Kündigung des Vermieters ist nicht unmittelbar an den Mieter zu richten, sondern beim Amtsgericht einzureichen. Der Urkundsbeamte des Amtsgerichts stellt das Kündigungsschreiben dem Mieter zu. Dieser hat zwei Wochen seit Zustellung Zeit zum Widerspruch.

Räumungsbefehl

Ist kein Widerspruch des Mieters gegen das Kündigungsschreiben erfolgt, so kann der Vermieter bei dem Urkundsbeamten des Amtsgerichts den Räumungsbefehl beantragen. Für den Antrag hat der Vermieter eine Frist von einem Monat seit Ablauf der Widerspruchsfrist. Hier ist nun noch eine Rettungstür für den Mieter offen: Das Gesetz bestimmt, daß der Räumungsbefehl nicht zu erlassen ist, wenn die Widerspruchsfrist zwar schon abgelaufen ist, aber nun noch der Widerspruch des Mieters einläuft, ehe der Räumungsbefehl verfügt ist. Zum Beispiel: Die Widerspruchsfrist sei am 27. März abgelaufen. Der Vermieter beantragt am 10. April — also rechtzeitig — den Räumungsbefehl. Der Urkundsbeamte stellt noch gewisse Prüfungen und Erwägungen an. Mittlerweile läuft noch, sagen wir am 13. April, der Widerspruch des Mieters ein. Hatte der Urkundsbeamte zu dieser Zeit den Räumungsbefehl noch nicht erlassen, so darf er ihn jetzt nicht mehr erlassen. Hatte aber der Urkundsbeamte z. B. am 12. April den Räumungsbefehl schon verfügt — mag er auch noch nicht dem Mieter zugestellt sein —, so ist der erst am 13. April eingelaufene Widerspruch des Mieters nicht mehr zu berücksichtigen.

Räumungsfrist

Wenn der Mieter zwar räumen will, aber noch eine bestimmte Räumungsfrist beansprucht, so kann er einen solchen Antrag unter Angabe der gewünschten Frist (z. B. zwei Wochen, einen Monat) beim Amtsgericht stellen. Dieser Antrag ist zu berücksichtigen, wenn er noch vor Verfügung des Räumungsbefehls eingeht. Ist der Vermieter einverstanden, so ergeht dann zwar der Räumungsbefehl, aber mit der Maßgabe, daß die Vollstreckung von dem Ablauf der beantragten Räumungsfrist abhängig gemacht wird. Die Frist beginnt mit dem Tage, für den die Kündigung erfolgt ist.

Einspruch

Der Räumungsbefehl steht einem auf eine Aufhebungsklage ergangenen Verfallsurteil gleich. Daher ist gegen ihn — mit nur einer Woche Frist — noch der „Einspruch“ — nicht zu verwechseln mit dem oben behandelten „Widerspruch“ — statthaft. Wird der Einspruch nicht erhoben, so wird der Räumungsbefehl rechtskräftig. Wird er erhoben, so geht der Rechtszug in das Räumungsklagverfahren über.

Rechtsbeschränkung

Ist der Räumungsbefehl ordnungsmäßig erlassen, so ist eine Nachprüfung der im Kündigungsschreiben geltend gemachten Aufhebungsgründe nur zulässig, wenn entweder die Verfallung des

rechtzeitigen Widerspruchs nicht auf einem Verschulden des Mieters beruht, oder wenn der Mieter innerhalb der Widerspruchsfrist dem Vermieter erklärt hat, daß er die Herausgabe des Mietraumes ablehne.

Der Sachverhalt ist also folgender: Dem Mieter wird zunächst das Kündigungsschreiben zugestellt. Zu ihm soll als Kündigungsgrund beispielsweise angegeben sein, daß der Mieter zu zwei verschiedenen Malen, dann und dann, den Vermieter mit groben Schimpfwörtern überschüttet und mit Totschlägen bedroht habe. Der Mieter verneint die zweiwöchige Widerspruchsfrist. Es erfolgt gegen ihn der Räumungsbefehl. Jetzt kann er gegen diesen Räumungsbefehl noch binnen einer Woche Einspruch erheben und dadurch das weitere Prozedere in Gang bringen. Aber: die sachliche Verteidigung, das Bestreiten der in der Kündigung angegebenen Kündigungsgründe, ist im allgemeinen nicht mehr möglich, das Gericht darf sie nicht nachprüfen, sondern muß sie als tatsächlich erwiesen unterstellen — abgesehen von zwei Sachständen: Unverschuldete Widerspruchsverfallung oder Ablehnungserklärung.

Ablehnungserklärung

Auch dann kann der Mieter keine sachliche Einwände ungeschindert vorbringen, wenn er innerhalb der Widerspruchsfrist zwar nicht Widerspruch eingelegt, aber dem Vermieter erklärt hat, daß er die Herausgabe des Mietraumes ablehne. Hier liegt der Fall so: Der Mieter hat die Kündigung zugestimmt, erhebt aber nicht innerhalb der zweiwöchigen Widerspruchsfrist Einspruch. Wohl hat er aber innerhalb dieser zwei Wochen — auf Wahrung dieser Frist kommt es entscheidend an — dem Vermieter erklärt, daß er die Herausgabe des Mietraumes ablehne.

Die Erklärung gegenüber dem Vermieter kann in jeder Form erfolgen, also auch mündlich. Aber der Mieter muß seine Erklärung beweisen. Er tut daher gut, sich dazu einen oder besser noch zwei Zeugen mitzunehmen und dafür Sorge zu tragen, daß die Zeugen auch den Tag der Erklärung sich genau merken.

Der Mieter kann mit der Abgabe der Ablehnungserklärung auch einen Dritten betrauen, z. B. seine Frau, seinen Sohn, seinen Vater oder irgendeinen Fremden. Eine schriftliche Vollmacht ist an sich nicht nötig, die mündliche genügt. Der Vermieter ist aber berechtigt, von dem Vertreter die Vorlegung einer schriftlichen Vollmacht zu verlangen. Kann der Vertreter diese nicht vorlegen, so ist der Vermieter berechtigt, die Erklärung sofort juridisch zu weihen. Tut er dies, so ist dann die Ablehnungserklärung unwirksam (Bürgerl. Gesetzbuch § 174).

Zahlung

Wird die Kündigung lediglich auf den Rückstand des Mietzinses gestützt und zahlt der Mieter binnen der zweiwöchigen Widerspruchsfrist den in dem Kündigungsschreiben angegebenen Rückstand, so verliert die Kündigung ihre Kraft. Es darf also dann, auch wenn kein Widerspruch erhoben wird, der Räumungsbefehl nicht erlassen werden. Wird er doch erlassen — weil z. B. der Vermieter unter Verschweigung der Zahlung den Räumungsbefehl beantragt und der Urkundsbeamte von der Zahlung nichts weiß —, so ist er im Sinne des Gesetzes nicht „ordnungsmäßig“ erlassen. Der Mieter muß dann gegen den Räumungsbefehl Einspruch erheben. Die Kosten des Verfahrens muß aber der Mieter tragen. Es ist aber wohl zu beachten, daß die Zahlung des Rückstandes diese Wirkung nur dann hat, wenn sie innerhalb der zweiwöchigen Widerspruchsfrist erfolgt. Es ist dem Mieter in jedem Falle zu raten, nicht bloß zu zahlen, sondern außerdem Widerspruch zu erheben.

Reichsbahntarif und Schwertriebsbeschädigte

Mit der am 7. Oktober d. J. wirksam werdenden Tarifierhöhung bei der Reichsbahn ist auch die Umstellung auf das Zweiklassen-System vorgehoben, mit dem die Zusammenlegung der bisherigen 4. und 3. Wagenklasse zu einer einheitlichen Holzklasse durchgeführt wird. Der Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerverwundener teilt uns hierzu mit, daß in den Kreisen der Schwertriebsbeschädigten, die auf Grund eines Ausweises der Fürsorgestellen bisher die Vergünstigung hatten, mit einer Fahrkarte der 4. Klasse die 3. Klasse zu benutzen — bei Zahlung des vollen Schnellzugzuschlags auch Schnellzüge — eine starke Benutzungsstille herrscht, wie nun im Hinblick auf die veränderte Sachlage zukünftig die bisher gewährten Vergünstigungen für Schwertriebsbeschädigte gestaltet werden sollen. Die im Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge vertretenen Spitzenverbände der Kriegsoffer haben in einer gemeinsamen, wohlgegründeten Eingabe auf die drohende Befreiung gerade dieser Kreise hingewiesen und nachdrücklich die Erhaltung der bisher gewährten Fahrpreisermäßigung gefordert. Unter besonderer Berücksichtigung der technischen Eigenarten des Bahnbetriebs ist in Voranschlag gebracht worden, den Inhabern von Schwertriebsbeschädigtenausweisen die Benutzung der Holzklasse mit der Militärfahrkarte zuzugestehen. Eine solche Lösung entspricht auch dem Vergünstigungsverweiser Volkstreffe, denn die Beschädigten haben ihre Gesundheit als Angehörige des Militärstandes geopfert, und niemand würde Einwendungen erheben, wenn ihnen in bleibender Anerkennung dieses für die Allgemeinheit geleisteten Dienstes die Vergünstigung der Militärfahrkarte erhalten bliebe.

Darüber hinaus wird es von der Reichsbahn als selbstverständlich erwartet, daß dem Kreis der besonders Schwerbeschädigten ohne weiteres die Inanspruchnahme der Volkstrecke eingeräumt wird, zumal von jeher die Bestrebungen dahingingen, den Schwerbeschädigten das Recht einzuräumen, mit der geldesten Fahrkarte ohne besonderen Zuschlag jeweils die nächsthöhere Wagenklasse zu benutzen. Bestrebungen, die auch in einer Entschärfung des Reichstags nachdrücklich Unterstützung fanden.

Eine neue Bekanntheit

Eine Schneiderin lernte einen unbekanntem Mann kennen, der sich Otto Bloch, angeblich Leipzig-Gohlis, Landsberger Straße 13, wohnte, nannte. Am 14. September abends trafen sie sich wieder zu einem gemeinsamen Spaziergang. In der Nähe eines Bahnwärterhäuschens in Leipzig-Schleußig wurde der angebliche Bloch ausdrücklich, worauf die Bekannte fortieß. Vorher hatte der Unbekannte ihre Handtasche an sich genommen, die er ihr später auf dem Heimweg wieder hat zurückgeben wollen. Die Tasche aus grauem Samt mit braunlichem Hornbügel enthielt einen Wohnungsmeldschein auf den Namen Grundmann, ein Portemonnaie mit 50 Pf. und einen Ring, ein Paar graue Tuchhandschuhe, zwei Schlüssel u. a. m. Der angebliche Bloch war etwa 23 bis 25 Jahre alt, 1,65 Meter groß, schlank, hatte braunes, lockiges Haar, bartloses Gesicht und war bekleidet mit hellbraunem Jackettanzug und braunen Schuhen. Angaben zur Ermittlung seiner Person wollte man an das Kriminalamt mitteilen.

Kontrollierte Milch

Der Aufsicht der Milchhygienischen Untersuchungsanstalt der Stadt Leipzig haben sich folgende Milchproduzenten unterstellt: Adersmann, Rittergut Gundorf bei Leipzig, Dr. Crusius, Rittergut Schills, Döring, Rittergut Rübien bei Kötha, Erleben, Rittergut Trachenaue bei Kötha, Lampe, Brennereigut Dewitz bei Taucha, Lehmann, Rittergut Großsteinberg bei Leipzig, Ralske, Hain bei Kieritzsch, Refardt, Rittergut Großpössa, Frau verw. Richte, Rittergut Köpzig, Sieber, Rittergut Wiederoda bei Mahlis, Freiherr Speck v. Sternburg, Rittergut Rühlschena, Steyer, Rittergut bei Leipzig, Lannert, L. R., Demmeringstr. 62, Teubener, Rittergut Leisenaue bei Großbothen, Wagner, Hain bei Kieritzsch, Wilde, Rittergut Köth bei Dahlen.

Vorzugsmilch ist dadurch erkennbar, daß an den Flaschen außer einem Vermerk über die Herkunft der Milch ein Aufkleber mit einer streifenförmigen Papiermarke von gelber Färbung mit der Aufschrift in blauer Farbe: „Unter Aufsicht der Milchhygienischen Untersuchungsanstalt der Stadt Leipzig“ angebracht ist.

Vorzugsmilch wird ferner in Verkebe gebracht von Bauern im Rittergut Kleinshöfner, dessen Stall unter tierärztlicher Kontrolle des Bezirksveterinärztes steht, dem Rittergut Cunnendorfer und dem Landwirtschaftlichen Institut. In beiden letztgenannten wird die tierärztliche Kontrolle durch die ambulante Tierklinik der veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Leipzig ausgeübt.

Spinale Kinderlähmung

Die im vorigen Jahre so viele Familien mit Entsetzen erfüllende spinale Kinderlähmung ist seit November vorigen Jahres niederkampft, aber viele der davon betroffenen Personen bedürfen immer noch weitgehender Unterstützung aus städtischen Mitteln. Nach dem Rechnungsergebnis des Jahres 1927 mußten für das verfloßene Jahr 22549,40 Mark für diese Hilfe angewendet werden. Für Apparate, Schienen, ambulante Behandlung und sonstige Nebenkosten waren aus diesem Betrage 5000 Mark bestimmt. Sie waren aber schon in sehr kurzer Zeit vollends verbraucht und der Rat konnte nicht umhin, weitere Mittel dafür zur Verfügung zu halten. Im Kinderkrankenhaus und im „Humanitas“ liegen noch eine Anzahl Kinder, die noch auf Monate hinaus der Krankenhausbehandlung bedürfen. Andere von der heimtückischen Krankheit Befallene bedürfen auch noch längere Zeit der physikalischen und orthopädischen Nachbehandlung, die ebenfalls noch eine Reihe von Monaten dauern wird. Ferner müssen viele Kinder noch mit orthopädischen Apparaten versorgt werden, durch die noch Möglichkeit die verlorenen Funktionen der Muskeln ersetzt werden sollen. Nach den Schätzungen, die der Rat den Stadtverordneten unterbreitet, sind für die genannten Zwecke weitere 15 000 Mark für das laufende Jahr erforderlich.

WZ. Zu der Vorstellung „Das Licht scheint in der Finsternis“ heute 20 Uhr im Alten Theater sind noch eine Anzahl Karten am Eingange zu haben.

Etwa abend, 18. Volkskirche. Mittwoch, den 19. September, 20 Uhr: Vortrag des Schularztes Dr. Grünberg: Halskrankheiten (mit Lichtbildern); 2. Jahresbericht des Schulleiters.



**Familien-Nachrichten**

**Statt Karten.**

Für die herzliche und liebevolle Teilnahme sowie für das ehrenvolle Geleit beim Heimzuge meiner lieben Frau, unserer lieben Mutter,

**Frau Minna Karl**  
geb. Steyer

sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.  
Leipzig-Möckern, Steinmetzstraße 6.  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Anteilnahme auf seinem Lebenswege und beim Tode unseres lieben Entschlafenen

**Heinrich Schilling**

sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank  
Leipzig-Knautkleeberg, den 17. 9. 28.  
**Alfred Dietze und die Seinen**  
im Namen aller Hinterbliebenen.

Nach langem, schwerem Leiden verschied Sonntag, den 16. September, unser lieber Vater und Bruder

**Friedrich Eduard Klein.**

Liebertwolkwitz, den 16. September 1928  
In tiefem Weh  
**Bruno Klein und Frau, Leupold  
Martha Lauer und Sohn, Liebertwolkwitz**  
nebst Hinterbliebenen.  
Beerdigung Mittwoch, den 19. September, 17 Uhr.

Nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden verschied, dennoch unerwartet, mein über alles geliebter Mann, unser herzensguter Sohn, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel

**Herr Richard Thürmer**

Schmerzgebeugt gebe ich von diesem grauen Schicksalsschlag Kenntnis, der nach drei so glücklichen Ehejahren mein Liebstes im blühenden Alter von 26 Jahren von meiner Seite riß.

Leipzig W 32, Dieskaustraße 66, II.  
In namenloser Trauer

**Elisabeth Thürmer geb. Fuchs**  
im Namen sämtl. Hinterbliebenen.

Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 20. September, nachm. 3 Uhr, auf dem Südfriedhof statt. Blumenspenden werden dankend abgelehnt.

Widrig und unerwartet verschied am 16. September unser lieber Niegengenosse

**Richard Thürmer,**

sein Andenken wird in Ehren gehalten.

**Rloge „Freiheit“ des Vereins für Körperkultur Leipzig-Süd-West.**

Die Niegengenossen treffen sich am Donnerstag, 1/3 Uhr an der Kapelle des Südfriedhofes.

Nach langem schwerem mit großer Geduld ertragenem Leiden entschlief Sonntag abend mein innigstgeliebter herzensguter Mann, mein lieber Vater, Bruder, Schwager und Onkel

**Hermann Hofmann**  
genannt Magdeburg

im 34. Lebensjahre. In tiefstem Schmerze  
L. Bolkmarzdorf, den 17. September 1928  
Eisenbahnstraße 97, IV.

**Emma Hofmann geb. Kanis und Sohn Heinz**  
im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Trauerfeier mit anschließender Einäscherung findet Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, in der Kapelle des Südfriedhofes statt.

**Gummiklose**

**Baby-Ausstattungen**  
Badewannen  
Wickelkommoden  
Wagen  
cum Wiegen des Säuglings  
auch ichweise  
Windelnosen

LEIPZIG HAINSTR. 17-19



**Wir senkten erneut den Brotpreis**

**Jetzt kosten:**

Roggenbrot..... 2 Pfund	<b>38</b> Pfg.	statt bisher	<b>40</b> Pfg.
Roggenbrot..... 3 Pfund	<b>57</b> Pfg.	statt bisher	<b>60</b> Pfg.
Roggenbrot..... 4 Pfund	<b>76</b> Pfg.	statt bisher	<b>80</b> Pfg.
Roggenbrot..... 6 Pfund	<b>114</b> Pfg.	statt bisher	<b>120</b> Pfg.

Wollkornbrot .. 3 Pfund **54** Pfg. statt bisher **57** Pfg.  
von Sachverständigen als äußerst bekömmlich und die Verdauung fördernd anerkannt

**Weißgebäck / Kuchen / Torten**

aus der eigenen Feinbäckerei und Konditorei  
(Bestellungen nehmen die Lebensmitteläden entgegen)

**Konsumverein**

Leipzig-Magwitz und Umg., E. G. m. b. H.

Abgabe nur an Mitglieder  
Einzelnahmen in allen Verteilungsstellen

Am Sonntag vormittag 1 Uhr wurde mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater und Schwiegervater, der **Bäckermeister**

**Oswald Bennewitz**

von seinem langen, schweren Leiden erlöst.  
Leipzig O 27, Weißestr. 5d, den 16. September 1928.

**Ida verw. Bennewitz geb. Köllner**  
zugleich im Namen aller Hinterbliebenen

Beileidsbesuche dankend abgelehnt.

Beerdigung findet Mittwoch, den 19. September 1928, nachm. 1/2 Uhr, von der Hauptkapelle des Südfriedhofes aus statt.

Freundlichst zuge dachte Blumenspenden an Beerdigungsanstalt Hermann Parthey, Vertreter Emil Zenker, L-Stöttertitz, Eichstädterstraße 20, abzugeben.

Allen lieben Bekannten und Verwandten die tieflaurige Nachricht, daß am 17. September früh 4 Uhr, meine liebe Frau, unsere gute, treusorgende Mutter, Großmutter, Schwester und Schwägerin, Frau

**Minna Marie Stanke**  
geb. Schmutzler

nach längerem, schwerem Leiden, im Alter von 48 Jahren im Krankenhaus St. Jakob samt verschieden ist.

Leipzig, Grimmaische Str. 23, 17. 9. 28.

**Ferd. Stanke und Söhne**

zugleich im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Einäscherung findet am Donnerstag, dem 20. September, 14.30 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

**Wir sind begeisterte Anhänger geworden!**

[965] Der Arzt untersagte zuerst meiner Frau bei einer Herzneurose und schließlich mir selbst wegen meiner Nervosität jeglichen Kaffeegenuß. Er wies uns auf Ihren coffeinfreien Kaffee Hag hin. Zunächst waren wir sehr mißtrauisch und verzichteten ganz auf Kaffee. Als wir aber doch einmal eine Tasse Hag versuchten, waren wir erstaunt, wie gut er uns schmeckte, ohne die geringsten Beschwerden zu verursachen. Seitdem sind wir begeisterte Anhänger geworden, die auch andere zu unserer Ueberzeugung bekehren. Vor allem haben wir es mit Freude begrüßt, daß auch die großen Kaffeehäuser und Restaurants Ihren coffeinfreien Kaffee eingeführt haben.  
Dr. Kurt Martin.

(965) Es ist erschaunlich wie gut er schmeckt...

(907) Wir trinken ausschließlich Kaffee Hag....

[907] Ich trinke mit meiner Familie ausschließlich Ihren Kaffee Hag und kann sagen, daß er uns allen sehr gut bekommt. Namentlich haben sich bei mir die unliebsamen Magenbeschwerden, die immer nach dem Genuß von gewöhnlichem Bohnenkaffee auftraten, selbst nach reichlichem Genuß Ihres coffeinfreien Kaffees nie mehr gezeigt. Wir haben uns auch überzeugt, daß sich der Geschmack nicht im geringsten von dem des gewöhnlichen Bohnenkaffees unterscheidet. Auch Bekannte, denen wir Kaffee Hag vorgesetzt, haben nicht bemerkt, daß sie coffeinfreien Kaffee getrunken haben. Ich werde in meinem Haushalt nur noch coffeinfreien Kaffee Hag verwenden.

Aus dem Archiv der Kaffee-Handels-Gesellschaft, Bremen

Bei Katarrh, Husten  
**Asthma**  
wirkt auch in veralteten Fällen der ausfallend ableitend, Krenni - Asthma - Tee. Zu haben: Engel-Apothek, Markt 12.

**Die Frauenwelt**

ist eine unentbehrliche Helferin und Beraterin jeder Arbeiterfrau, der Frauen des Mittel- und niederen Beamtenstandes. Alle Frauen und jungen Mädchen, die sich mit der Frauenwelt befaßt gemacht, die ihren hohen praktischen und idealen Wert für sich erkannt haben, wollen sie nicht mehr in ihrem Hause mißsen und jähren zu dem großen treuen Leserkreise, der von Zeit zu Zeit um viele Hunderte wächst.

Die Frauenwelt erscheint 14täglich. Jedes Heft schließt die vierteilige Modenschau. Selbst ist die Frau ein. Jedes zweite Heft enthält außerdem eine vierteilige, reich illustrierte Sonderbeilage.

**Kinderland**  
Preis pro Heft mit Schnittmusterbogen 30 Pfennig. Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

**Leipziger Buchdruckerei W. G.**  
Abt. Buchhandlung  
Tauscher Str. 19/21

**Zum 19. September**

Der 19. September 1928 war einer der denkwürdigsten Tage des Arbeitersports: an diesem Tage wurde in Leipzig die Bundesschule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes eingeweiht. Ein gewaltiger Bau war durch den Willen geeinter Arbeitermassen entstanden, und lebendiger Geist und frohes Leben sind seitdem in dieses Haus eingezogen.

Die damalige Eröffnungsfeier war eine der imposantesten Kundgebungen der Arbeiterportbewegung. Die Wehseier am Vorabend bildete den Auftakt zu der gewaltigen Kundgebung am 19. September, bei der annähernd 4000 Trommler und Pfeifer spielten und ein nach Rehnstunden zählender Festzug vorüberzogen. Das Größte war aber der auch in sportlicher Beziehung einzig in der Welt dastehende internationale Sternlauf. In sieben Hauptläufen und unzählbaren Nebenläufen trafen am Mittag des Wehstages die Stafetten aus der Schweiz, Oesterreich, Belgien, Dänemark, Lettland, Tschechoslowakei usw. ein. Allein an den Hauptläufen beteiligten sich über 27000 Läufer, die insgesamt in 400 Stunden rund 6000 Kilometer zurücklegten. Nicht mit Unrecht wurden die Läufer mit dem Ehrenstitel „Die Sendboten des Proletariats“ belegt.

Das war vor zwei Jahren. Inzwischen haben mehr als 1000 Kurpfäden aus vielen Organisationen die Bundesschule besucht. Die Arbeiter-Turn- und Sportschule — wie ihr offizieller Name lautet — wirkt, mit ihrem Leiter Georg Benedix an der Spitze, im Interesse des Arbeitersports. Ihr Ziel ist die Vertiefung der Arbeiterportbewegung, die theoretische und praktische Ausbildung von Funktionären und die Durchdringung und Erforschung der vielen Fragen der Körperkultur in sozialistischem Sinne.

Die sozialistische Arbeiterbewegung kann stolz sein auf dieses Werk, das sich in der kurzen Zeit seines Bestehens einen guten Namen erworben hat. Die Bundesschule ist ein Wahrzeichen der Arbeiterportbewegung ihr Motto „Nach dich frei“ hat ein laudenswertes Echo gefunden.

**Bundestag des ASO**

Der 3. ordentliche Bundestag des Arbeiterbundes für Sport und Körperpflege (ASO) ist für den 13. und 14. Oktober nach Wien einberufen worden. Der ASO umfasst gegenwärtig an die 2500 Vereine mit 250.000 Mitgliedern. Von großer internationaler Bedeutung sind auf dem Bundestag die Verhandlungen über den Tagesordnungspunkt: „Das 2. Arbeiterolympia 1931 in Wien.“ Wien und die österreichische Arbeitererschaft wollen mit unübertrefflicher Großzügigkeit an die Vorarbeiten herangehen.

**Zum Andenken an Väinö Miettola**

Der Vorstand des finnischen Arbeitersportbundes (IIV) hat zu Ehren des unlängst verstorbenen verdienstvollen Bundesvorsitzenden eine Stiftung eingerichtet, die sich nennt: „Die Stiftung von Väinö Miettola.“ Die Mittel der Stiftung sollen dazu gebraucht werden, die internationale Arbeit der Arbeitersportler lebhafter zu gestalten. In finnischen Arbeitersportkreisen werden allseits die Stiftung und ihr Zweck für richtig angesehen und Spenden für sie getan. Aus dem Wert spricht die Liebe für den verstorbenen Führer und das Verständnis für die internationalen Notwendigkeiten im Arbeitersport.

**Fahrpreisermäßigung für Arbeiter-Turn- u. Sportler**

Die Anträge der Vereine auf Gewährung von Fahrpreisermäßigung sind bis zum 1. Oktober 1928 an die durch Bekanntmachung gekennzeichneten Stellen zu richten. Den Anträgen ist eine Bescheinigung darüber beizufügen, daß der Verein der Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege angehört. Es ist anzugeben, wieviel Berechtigten der Verein benötigt und wieviel Führeransweise in seinem Besitz sind. Bescheinigungen über die Zugehörigkeit zur Zentralkommission sind von den Verbänden zu beziehen. Alle Vereine, die auf die Fahrpreisermäßigung Anspruch erheben, werden ersucht, ihre Anträge rechtzeitig einzureichen.

Im Naturfreundehaus Nauendorf in Kottbus fand dieser Tage ein großes Naturfreundetreffen statt, zu dem ungefähr 200 Teilnehmer erschienen waren. Gleichzeitig hielten die Vertreter der Ortsgruppen eine Bezirkskonferenz ab. Die Naturfreundearbeit des Bezirks hat sich trotz der anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Textilindustrie und im Braunkohlenbergbau weiter gehoben. Im Lausitzer Kohlenrevier leisten die Gruppen Bestreben und Gorkh besonders wertvolle Arbeit. Einen Aufschwung zeigt auch die Arbeit in der östlichen Grenzmark. Die Bildung einer Bezirksaufsichtsratsstelle steht bevor.



**Ordnung muß sein!**

In Eitenburg steht mitten auf dem Bahnhofsplatz eine Holzbohle. Als ich das Ding da stehen sah, glaube ich, es sei eine Bedürfnisanstalt. Wie ich jedoch näher kam, lese ich über der Eingangstür „Warterraum 3. und 4. Klasse.“ Ich war platt! Alles hatte ich erwartet, aber so etwas nicht. Ich beschauerte mir das Ding von allen Seiten und bemerkte, daß auf der andern Seite über der Tür steht „Warterraum 1. und 2. Klasse.“ Ja, ja, Ordnung muß sein im deutschen Staat. Beherrzt trete ich ein, um mir den sonderbaren Warterraum anzusehen. In der Mitte der Bohle war eine Bretterwand eingezogen, so den Raum in zwei Hälften teilend. In der Bretterwand war ein Ausschnitt und in diesem Ausschnitt stand ein Ofen. Jeder Warterraum hatte Sitzgelegenheit für vier Personen. Hüben wie drüben genau dieselben Bänke aus Holz, Sitzplätze sind in diesem Raum, „soweit es die Betriebssicherheit erlaubt“, vorhanden. Klassenunterschiede findest du in beiden Räumen nicht. Halt, — doch! In der Halle 1. und 2. Klasse hängt über der elektrischen Glühbirne ein Glaschirm, während in der 3. und 4. Klasse ein Drahtgitter die Birne umspannt! Dann steht noch der Ofen mit der Rückseite zur 3. und 4. Klasse, während nach der 1. und 2. Klasse die Vorderseite des Ofens mit der Feuerung und dem Kohlenkasten steht.

Ich setzte mich in den Raum der 1. und 2. Klasse und überlegte mir, warum in der 3. und 4. Klasse ein Drahtgitter um die Lampe ist und der Ofen mit der Rückseite da steht. Beschalt in der 1. und 2. Klasse ein Lampenschirm hängt und die Feuerungsseite des Ofens steht. Vielleicht hätte ich dieses Problem herausbekommen,

wenn ich nicht in meinen Betrachtungen gestört worden wäre. Es kam eine Uniform herein und fragte mich nach meiner Fahrkarte. Als diese Uniform meine „Bier-Güte-Karte“ sah, sprach sie: „Hier ist nur für 1. und 2. Klasse. Bier-Karte ist auf der andern Seite.“

Als gehorsamer Staatsbürger ging ich meiner Wege nach der vierten Klasse und — da war Befehl. Amen! Kofra.

hr. Lindenthal. Aus dem Gemeindevorordnetenkollegium. Der Vorsitzende erstattet die Kassenberichte und die Berichte über die Bevölkerungsbewegung. Die aufsichtsbehördliche Genehmigung der Besoldungsvorschriften für die Gemeindebeamten ist unterm 13. Juli 1928 erfolgt. Eine unvermutete Revision aller Kassen in der Gemeindeverwaltung fand alles in bester Ordnung. Folgende Bauauschlußbeschlüsse fanden die Zustimmung des Kollegiums: Die Umwandlung der Straßenbeleuchtung in elektrische Beleuchtung. Ihre Inbetriebnahme wird voraussichtlich Anfang Oktober erfolgen können. — In den Gemeindegremien sind die Beschlüsse 2 und 6 müssen einige Ausbesserungen vorgenommen werden. — Die Bodelwitzer Straße auf Breitenfelder Rittergutstrecke ab Denkmalallee wurde in die Unterhaltung der Gemeinde übernommen. — Die Abnahme der neu hergestellten Bahnhofsstraße durch die Gemeinde hat stattgefunden. — Die Wiederherstellung der Straße ist ausgeführt worden. — Einige Notwohnungen sind von der Eigentümerin in bewohnbaren Zustand zu bringen.

Ein Vorschlag des Rates der Stadt Leipzig auf Umbenennung unserer Bahnhofsstraße wird abgelehnt; man überläßt es ihm, dem Hohlweg als Anschließstraße an unsere Bahnhofsstraße auf Leipzig: für eine Bezeichnung zu geben. — Man nimmt Kenntnis von einer Verordnung des Ministeriums des Innern zu den Ortsgemeinschaften nebst Zeichnungen (Bebauungspläne für den inneren Ort und Lindenthal-Süd-West). Der Verordnung soll entsprechen werden. — Auf Vorschlag des Badeauschusses soll das Familienbad am 15. oder 16. September für dieses Jahr geschlossen werden. — Das früher Artur Müller'sche Feldareal an der Exerzierplatzstraße wird an den Landwirt Artur Dönitz verpachtet. — Die Gründung eines Berufsschulverbandes Lindenthal mit Quasinitz und Kötzschen wird allseitig mit großem Interesse verfolgt. Der Bürgermeister erstattet eingehenden Bericht über das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen. Das Plenum schließt sich dem Beschlusse des Verhandlungsausschusses, den berufsschulischen Zusammenschluß mit dem Orte in Lindenthal und alle weiteren erforderlichen Schritte einzuleiten, an. — Die diesjährige Plannennung der Gemeinde soll in der Weise verpackt werden, daß die Nutzung am Hagnar Weg an den Bieter Wierich freihändig verpachtet, die an der Breitenfelder und Wiederlicher Straße an Einwohner in Lindenthal baum- oder gruppenweise meistbietend versteigert wird.

Die Fraktion der KPD hatte einen Antrag zum Volksentscheid eingebracht, der nicht zur Abstimmung kommen konnte. Er war nicht, wie es die Geschäftsordnung verlangt, 6 Stunden vor Beginn der Sitzung dem Vorsitzenden schriftlich übermittelt worden. Da die Bürgerlichen gegen die sofortige Behandlung des Antrags Einspruch erhoben, fiel er unter den Tisch.

**Laussteins Regenerationspillen sind das idealste Abführmittel.** Allein Köhler-Salomo-App. 17 theke. Postversand nach auswärt. Grimmsche Straße

**Ämliche Bekanntmachungen**

**Groißsch** Der dritte Nachtrag vom 22. März 1928 zur Ortschulordnung für den Zusammengesetzten Volksschulbezirk Groißsch, enthaltend Bestimmungen über Wandertage und über die Schulpartalle, ist aufsichtsbehördlich genehmigt worden. Eine Abschrift desselben hängt zwei Wochen lang am Ratsbrett im Rathaus an Groißsch aus. Schulbezirksvorstand Groißsch, am 15. September 1928.

**Neuer Verkaufs-Pavillon** mit od. ohne Ware zu vermieten oder zu verkaufen. Gr. ca. 3-600 M<sup>2</sup>. Eistorstr. 17, ptr.

**Serren-Anzüge** Herr. Mann. Jopp. Hosen auf Teilsahl. Julius Hellig, Sternwartenstraße 24.

**Auf Kredit Damen-Garderobe** mit kleiner Anzahlung. **Scherbel** Markt 2 (Rathausalte).

**Damen-Kleider** Dam. Mann. Dam. Röcke auf Teilsahl. Julius Hellig, Sternwartenstraße 24.

**Dr. med. Wilhelm Mejer** Ohrenarzt, Gellertstr. 4. Sprechzeit: Werktags 11-1, 4-5. Do. u. Sonnab. nur vormittags zurück.

**Stellenangebote**

Eine größere Anzahl **Arbeiterinnen** von 14-35 Jahren zum Anlernen für die Textilindustrie, sowie mehrere **Facharbeiterinnen** werden für **sofort gesucht!** Mit Wohnungsmeldeschein, Arbeitszeugnissen und Invalidenkarte von 8-13 Uhr zu melden beim **Arbeitsamt Leipzig, Fachabteilung für die Textilindustrie** Seeburgstraße 14-20 I.

**Zg. Laubwurde** halbtägig gesucht, Drogerie Delm, Wolg. Mar., Gerberstr. 3.

**Verkäufe**

**Speisekartoffeln** Zeniner 4 Mk. ab Hol., verkauft Kurt Rauer, Gut Stahmeln.

**Stellenangebote** beschreiben ihre Werbung nicht in der Zeitung, aber in der Zeitung.

**TÄGLICH 80000 LITER FRISCHE MILCH**

Geben die hochwertigen Öle tropischer Früchte der Margarine VERA den reichen Nährwert, die gute Bekömmlichkeit, so verleiht ihr die Milch das frische Aroma, den feinen Geschmack.

Täglich 80000 Liter frische Milch nehmen ihren Weg aus den Molkereien und Gutshöfen in die Rama-Werke. Hier wird die Milch wie in den modernen Großmeiereien nach erfolgter Entrahmung angesetzt. Nach eigenen, auf jahrzehntelanger Erfahrung beruhenden Methoden werden die speziellen Aroma- und Geschmacksbestandteile entwickelt, die der Margarine VERA ihren besonderen Charakter geben.

**MARGARINE VERA**

**1# 85# Dienst am Haushalt**

**Federballen** ... 20.-  
**Bettboxen** ... 3.-  
**Bett-Innen** ... 7.-  
**Bettbecher**, feinh. 1.30  
**Diwandocken** ... 3.-  
**Elagengesch.** ... 8.-  
**Kohlgrabenstraße 78, I.**

**Auf Kredit Schlafzimmer** mit 5 Mark Anzahlung. **Hans Hoffmann** Schallstraße 10, I. Etage

**Aufwahl Tisch.** Küchen-Schränke auf Teilsahl. **Julius Hellig, Sternwartenstraße 24.**

**Challongues** 55.  
**Schränke** ... 68.  
**Küchen** ... 180.  
**Möbel - Schröter** Pl. Schmiedestr. 7.  
**Dr. eil. Kinderliter.** Bettstelle, bibl. Klappmag. in Verb., 5-st. Wagen zu 48. Leuchstäder Str. 48. IV. M.  
**615 Bettl. m. Matz.** für 25 M<sup>2</sup> u. schönes Gobelinsbild. a. v. **Frau Winkelmann, Windmühlent. 19. I.**

**Kinderwagen** 30 M<sup>2</sup>. an **Klappwagen** 9 M<sup>2</sup>. an **Puppenwagen** 8 M<sup>2</sup>. an **ca. 30kg. -Erlösdiatra. 4. Etage, 46. I. Ein**

**Kaufgesuche**

**Gold, Silber, Brillant, Gebisse** kauft Hans Dunkel Promenadenstraße 25

**Diverses**

**Ihr Anzug** wird „wie neu“ gereinigt u. gebügelt. 4.50. Abhol. u. Sul. frei. Stoff genügt an Reinigung. **„Undine“ L. Döllitz, Burchardstr. 6**

**Wohnungen** Angestellter, eigene Wäsche, lücht möbl., Zimmer m. el. Licht a. l. 10. b. Gen. Off. u. V. 43 Pl. b. Pl., Zeller Str. 32.